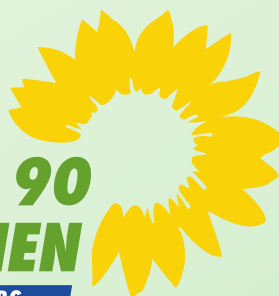


# WAHLPROGRAMM STADTVERBAND OLDENBURG

WIR MACHEN DAS KLAR.

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

STADTVERBAND OLDENBURG



**KOMMUNALWAHL 2011**



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Oldenburg von Bündnis 90/Die Grünen am 9. Juni 2011 einstimmig beschlossen.

## Impressum

### Herausgeber

Vorstand des Stadtverbandes Oldenburg von Bündnis 90/Die Grünen  
Hannah Dasecke, Sinje Eichner, Ingrid Kruse, Maren Niehuis,  
Sven Bredehorn, Thorsten Duhn, Georg Götz, Volker Mönnich

Bündnis 90/Die Grünen Stadtverband Oldenburg  
Friedensplatz 4  
26122 Oldenburg  
Tel.: 0441 87936  
info@gruene-oldenburg.de  
<http://www.gruene-oldenburg.de>



### Redaktion und Gestaltung

Thorsten Duhn, Sinje Eichner, Georg Götz

### Danksagung

Ein ganz herzlicher Dank geht an die mehreren Dutzend Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die über viele Stunden – insbesondere auf zwei intensiven Mitgliederversammlungen – mit viel Engagement Inhalte zusammengetragen, ausgearbeitet und diskutiert haben.

*Die Redaktion*

# Inhalt

1	Umwelt und Energie	7
1.1	Energie und Klimaschutz	7
1.2	Zukunft der regionalen Energieversorgung	8
1.3	EWE	8
1.4	Umwelt- und sozialverträgliche Sanierung von GSG-Wohnungen	9
1.5	Wiedereinrichtung und Ausbau des Dezernats für Umwelt	9
1.6	Agenda 21	9
1.7	Entsorgung und Abfallwirtschaft	10
1.8	Umweltschutzbericht	10
1.9	Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ)	10
1.10	Oldenburg als Stadt im Grünen	11
2	Verkehr	11
2.1	Neue Konzepte für den Verkehr von morgen	11
2.2	Zu Fuß und mit dem Rad	12
2.3	Öffentlicher Personennahverkehr	13
2.4	Motorisierter Individualverkehr und Parkraum	13
2.5	Um Oldenburg herum	14
2.6	Verkehrspädagogik als Klimapädagogik	14
3	Stadtentwicklung	14
3.1	Stadtteilentwicklung	15
3.2	Wohnen – Wohnumfeld – Wohnfolgeeinrichtungen	16
3.3	Klimafreundliches Bauen	17
3.4	Gewerbeflächen	17
3.5	Denkmalschutz und Denkmalpflege	17
3.6	Innenstadt	18
3.7	Mobilität und Erholung	18
3.8	Das ECE-Center	18
3.9	Bahnlärm	19
4	Wirtschaft	19
4.1	Stadt der erneuerbaren Energien	19
4.2	Existenzgründungen von Frauen fördern	20
4.3	Familienfreundliche Unternehmen	20
4.4	Klares Bekenntnis zu den kommunalen Betrieben	20
4.5	Keine neuen Fachmärkte auf der grünen Wiese	20
4.6	Sparsam mit weiteren Gewerbeflächen	20
4.7	Bekenntnis zur interkommunalen Zusammenarbeit	21
5	Finanzen	21

5.1	Reform der Gewerbe- und Grundsteuer	21
5.2	Entlastung durch Bund und Land	21
5.3	Konsolidierung der Finanzen	21
5.4	Moderne Personalpolitik und Bürgerorientierung	22
6	Bürgerbeteiligung	22
6.1	Partizipation von Kindern und Jugendlichen	23
6.2	Bürgerhaushalt	23
6.3	Bürgerschaftliches Engagement	24
6.4	Bürgerrechte und Datenschutz	24
6.5	Bürgerfreundliche Verwaltung	24
6.6	Kommunale Netzpolitik und E-Government	25
6.7	Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	25
6.8	Abwahl des Oberbürgermeisters	26
7	Kultur	26
7.1	Theaterszene	26
7.2	Kultur von Allen – Kultur für Alle	27
7.3	Arbeitsplatz Kultur	27
7.4	Kultur und Wirtschaft	28
7.5	Wissenschaft und Kultur	28
7.6	Kulturförderabgabe	28
8	Familie	28
8.1	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	29
8.2	Beratung und Unterstützung von Familien in Oldenburg	29
8.3	Jugendhilfe	29
9	Vorschulische Bildung	30
9.1	Zur Tagesbetreuung von Kindern	30
9.2	Krippen und Kindergärten	31
10	Schule	31
10.1	Lösungen für eine Schule für alle vor Ort	31
10.2	Mehr Ganztagschulen	32
10.3	Inklusion	32
10.4	Integration von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung	33
11	Lebenslanges Lernen	34
12	Sport	34
12.1	Mehr Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche	34
12.2	Benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützen	35
12.3	Sportstättenentwicklung in Oldenburg	35
12.4	Platz für Bewegung	35
12.5	Künftiges Bäderkonzept	35

12.6	Bedeutung und Förderung des Spitzensports	35
13	Arbeit und Soziales	36
13.1	Gegen Arbeitslosigkeit und Stigmatisierung	36
13.2	Für eine effizientere Arbeit der ARGE/Jobcenter	36
13.3	Was die Stadt noch tun kann	36
13.4	Herausforderung Demographie und Alter	37
13.5	Wohnen	38
13.6	Inklusion geht alle an	39
13.7	Gesundheit	40
14	Integration	40
14.1	Politische Teilhabe	41
14.2	Wohnungen für Flüchtlinge	41
14.3	Integrationslotsen	42
14.4	Kitas und Schule	42
14.5	Mädchen und Jungen	42
14.6	Diversity – Vielfalt nutzen	42
14.7	Kommunaler Blick auf Härtefälle bei Flüchtlingen	43
15	Frauen	43
15.1	Frauenquote	43
15.2	Gleichstellung im Beruf	44
15.3	Frauen als Opfer psychischer, körperlicher, sexualisierter Gewalt	44
16	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*	45

# 1 Umwelt und Energie

## 1.1 Energie und Klimaschutz

Die Energieversorgung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt, und dies nicht nur in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Hier müssen auch auf kommunaler Ebene passende zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden.

Zudem ist Oldenburg Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte und ist damit die Verpflichtung eingegangen, die klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahre 2010 im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Diese Ziele wurden bisher nicht annähernd erreicht und es gilt im Rahmen eines ehrgeizigen Klimakonzeptes in den nächsten Jahren, die von der Bundesregierung gesteckten CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziele (40% bis 2020 im Vergleich zu 1990) anzustreben.

Hierzu gehören Maßnahmen wie:

- Alle Neubauten der Stadt Oldenburg und ihrer Betriebe sind im so genannten Passivhausstandard zu errichten.
- Für den städtischen Gebäudebestand (insbesondere Schulen) sind die Möglichkeiten energetischer Sanierung zu ermitteln und nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.
- Bei Verkauf von städtischen Grundstücken zur Bebauung macht die Stadt eine besonders energiesparende Bauweise (Passivhausstandard) zur Auflage.
- Wo immer möglich senkt die Stadtverwaltung ihren Stromverbrauch.
- Die Straßenbeleuchtung ist im Hinblick auf den Stromverbrauch zu optimieren (z.B. durch den Einsatz von LED-Technik).

Zwar wurden von uns in der vorletzten Ratsperiode initiierte Projekte, wie z.B. das Energiesparprogramm an Oldenburger Schulen „Abgedreht“, weitergeführt und seit 2011 beziehen die städtischen Gebäude Ökostrom, aber dennoch ist der energetische Zustand vieler städtischer Gebäude total veraltet.

Dringend nötig sind z.B. Ausbau und Aufwertung der Energieleitstelle als zentrale Verwaltungseinheit für alle Energie-Fragen, in der z.B. bestehende Energiespar-Konzepte umgesetzt oder neue entwickelt werden können und städtische Bauvorhaben auf energetische Effizienz kritisch geprüft werden können.

Die Stadt muss aber nicht nur ihren eigenen Energieverbrauch und damit Kosten senken. Sie hat auch eine Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Wichtigkeit des Themas Energieeinsparung und des Einsatzes alternativer Energien im Bewusstsein zu verankern und sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Insbesondere beim privaten Altbaubestand und beim Ein- und Mehrfamilienhausbau.

Der Wärmeenergieverbrauch in Wohngebäuden in Oldenburg liegt circa 30% über dem Bundesdurchschnitt. Wegen schlechter Dämmung der Wohnungen und Häuser oder zu alter beziehungsweise falsch eingestellter Heizungen verlieren ihre Bewohnerinnen und Bewohner teilweise ohne Wissen viel Geld. Zudem wird dadurch unnötig viel CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre geblasen.

Wir fordern eine breite Aufklärungs- und Informationskampagne zur energetischen Sanierung von Altbauten. Initiativen wie z.B. „Klima(+) Oldenburg“ und „KoBE“ (Kompetenzzentrum für Bauen und Energie) müssen weiter unterstützt, die städtische Beteiligung fortgeführt werden. Zur Unterstützung der Sanierung des privaten Altbaubestandes sollen die Bürgerinnen und Bürger aber auch konkrete Unterstützung von der Stadtverwaltung bekommen. Alle kommunalen Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen, insbesondere muss geprüft werden, ob Bürgersolaranlagen initiiert werden können, wo Bürger finanziell bei der Einrichtung auf geeigneten städtischen Liegenschaften beteiligt werden.

Zur Förderung alternativer Energien muss ein städtisches Gebäudekataster für mögliche Solardächer erarbeitet und den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

Eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung für Oldenburg zu sichern, ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Ratsperiode. In diesem Zusammenhang muss die Stadt Oldenburg als größter Gesellschafter der EWE ihren Einfluss endlich geltend machen.

## **1.2 Zukunft der regionalen Energieversorgung**

Eine der ersten großen Aufgaben in der neuen Ratsperiode ist die Neuvergabe der Konzessionsverträge durch die Stadt Oldenburg im Bereich Strom und Gas, ein Vertrag mit einer Laufzeit von üblicherweise zwei Jahrzehnten und einem Umfang von vielen Millionen Euro. Unsere Forderung nach einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ist selbstverständlich verknüpft mit der Forderung nach einem Leitungsausbau und einer Modernisierung der bestehenden Leitungen, da sonst eine bundesweite Versorgung mit Strom aus erneuerbaren und dezentralen Energien nicht möglich ist. Deswegen möchten wir darauf hinwirken, dass die Stadt Oldenburg ein Vorreiter in Bezug auf den Bau intelligenter Stromnetze wird. Oldenburg sollte diese Chance nutzen, um im technologischen Bereich weiterhin mit vorwegzugehen, bestehende Kompetenzen auszubauen. Wir Grüne setzen unser Hauptaugenmerk in diesem Bereich also darauf, die Grundlagen für ein schnelles Wachstum der erneuerbaren Energien zu legen, um so eine Atomstrom-freie und CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung zu ermöglichen. Die Möglichkeiten, die der Konzessionsvertrag bietet, zeigt z.B. der „Grüne(re) Musterkonzessionsvertrag“ der Grünen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Hierfür möchten wir weiterhin – auch wenn es von anderen Fraktionen in der letzten Ratsperiode blockiert wurde – eine wettbewerbsgerechte und ergebnisoffene Ausschreibung, die eben diese Anforderungen an den künftigen Konzessionsnehmer beinhalten. Hierbei dürfen auch Modelle nicht von vornherein ausgeschlossen werden, die Oldenburg eine weitergehende Beteiligung an Entscheidungen und Wertschöpfung ermöglichen, über z.B. Beteiligungsgesellschaften bis langfristig hin zu einer echten Rekommunalisierung. Es muss die beste Lösung für die Umwelt, die Bürger und die Kommune gefunden werden.

## **1.3 EWE**

Die EWE ist „unser“ Energieversorger vor Ort – sie gehört zu 74% den Landkreisen und Städten der Region und Oldenburg ist mit 9% ihr größter Gesellschafter. Doch unsere Erfahrungen sind geprägt z.B. vom „Gaspreis-Streit“, wo selbst nach ungültig erklärter Gaspreiserhöhung lange eine umfassende Rückerstattung noch individuell gerichtlich eingeklagt werden musste, mit einer aus Kundensicht unzureichenden so genannten Schlichtung zwischendurch, bis endlich eine – bezüglich verschiedener Amtsgerichtsurteile weiterhin bestreitbare – „volle Rückzahlung“ werbewirksam verkündet wurde. Das zeigt, dass weder die EWE von sich aus im Sinne der Bürger handelt, noch die städtischen Vertreter dort ihrer Verantwortung gerecht werden konnten. Die verschachtelte Konzernstruktur und eine Expansion in weitere Geschäftsfelder und bis in die Türkei (dort laut eigener Verlautbarung 2010 mit Verlusten „im niedrigen dreistelligen Millionenbereich“) lassen die EWE kaum mehr als „kommunalen“ Energieversorger erscheinen. Aus unserer Sicht ist der Betrieb von Fernsehanstalten, wie sie jetzt von der EWE gegründet wurden, nicht ihre Aufgabe. Oldenburg muss mit den anderen kommunalen Eigentümern zusammen die Strukturen wieder zugunsten echter Mitbestimmung verändern. Auch ein Kundenbeirat wie jüngst initiiert muss erst durch Transparenz und handfeste Ergebnisse beweisen, dass er mehr als ein Feigenblatt ist.

Als kommunales Unternehmen muss die EWE in erster Linie dem Gemeinwohl dienen, nicht einem Gewinnstreben von Anteilseignern. Die EWE Energie AG hat eine jährliche Produktionskapazität von Strom aus erneuerbaren Energiequellen von etwa 100 MW Strom und wir sehen Bemühungen, dies beispielsweise durch Beteiligungen an Offshore Windparks weiter auszubauen. Als sehr großes, kommunales Unternehmen haben wir mit der EWE die Chance, den Vormarsch der erneuerbaren Energien – nicht nur in Oldenburg – weiter zu beschleunigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Investitionen des EWE-Konzerns in neue Anlagen in regenerative Energiequellen bzw. hocheffiziente und grundlastfähige Gaskraftwerke o.ä. fließen. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und Mikro-Anlagen für Wohnhäuser könnten auch Teil dieses Strommixes werden. Oldenburg hat – gemeinsam mit den anderen Kommunen, die Anteile an der EWE haben – die große Chance die Energiestruktur (nicht nur) im Nordwesten viel stärker an ökologische Aspekte zu knüpfen.

Dabei muss klar sein, dass wir Grünen einen schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Handel mit Atomstrom anstreben, wo die EWE mit ca. 30% einen überdurchschnittlich hohen Anteil hat. Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass das Unternehmen schnell Alternativen sucht, und den Atomstrom durch Strom aus anderen Energieträgern ersetzt. Ist hierbei vorübergehend die verstärkte Nutzung fossiler Brennstoffe nötig, so ist die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch hocheffiziente Kraftwerke oberste Priorität.

Bei der vollständigen Rückzahlung zu Unrecht kassierter Gasentgelte darf es kein Ausweichen und Verzögern geben, eine ehrliche und transparente Kommunikation ist unerlässlich.

## **1.4 Umwelt- und sozialverträgliche Sanierung von GSG-Wohnungen**

Die GSG verfügt über den größten Bestand von Mietwohnungen in Oldenburg. Diese sind insbesondere im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in den 50er und 60er Jahren entstanden und in einem entsprechend schlechten Zustand. Ein nachhaltiges Sanierungskonzept zur Einsparung von Energie und Kosten für die Bewohnerinnen und Bewohner ist zu intensivieren. Die Stadt Oldenburg muss daher die GSG bei ihren sozialen und energiepolitischen Verpflichtungen unterstützen. Dabei müssen alle Eigentümer der GSG ihre Renditeerwartungen zugunsten notwendiger Sanierungs- und Baumaßnahmen zurückstellen.

## **1.5 Wiedereinrichtung und Ausbau des Dezernats für Umwelt**

Gegen den Willen der Oldenburger Bündnisgrünen und aller Umweltverbände wurde vom damaligen Oberbürgermeister Dietmar Schütz (SPD) im Jahr 2003 das Umweltdezernat der Stadt Oldenburg aufgelöst und dessen Arbeitsbereiche zu einem großen Teil dem Bauressort und anderen Dezernaten zugeordnet. Auf Grund dieser Umgestaltung spielen Umweltbelange bei den Entwicklungsplanungen der Stadt offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Wichtige Ansätze und Konzepte des ursprünglichen Umweltdezernats wurden ganz fallen gelassen.

Gerade in einer städtischen Kommune ist die Gesundheit der Menschen durch Vernachlässigung des Umweltschutzes besonders bedroht. Auch haben wir eine Verantwortung gegenüber unserer Landschaft zum Schutz einer hohen Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren. Diese Bedeutung muss sich auch in der Aufgabenverteilung der Stadtverwaltung widerspiegeln. Der Umweltgedanke muss in einem vom Bau unabhängigen Dezernat angesiedelt werden.

Wir fordern deshalb für die nächste Ratsperiode die Wiederherstellung und den Ausbau des Dezernats für Umwelt zu einem „Dezernat für Umwelt, Energie und Innovation“. Seine Einrichtung wäre eine wegweisende Investition, gerade weil Oldenburg noch ein Klimaschutzkonzept erarbeiten muss. Aber auch bei der Förderung innovativer Unternehmen mit neuen Ideen und Technologien im Schnittpunkt von Umwelt- und Energiesektor können wichtige Impulse und in der Oldenburger Wirtschaft neue Arbeitsplätze gegeben werden (vgl. 4.1). Das neue Dezernat soll nämlich nicht nur an die Arbeit des ehemaligen Umweltdezernats anknüpfen, sondern sich auch mit zielgerichteter Wirtschaftsförderung in der Stadt Oldenburg befassen. Hierbei soll insbesondere die Gründung und Ansiedlung von Firmen und Forschungsinstituten aus dem Spitzentechnologiebereich unterstützt werden. Z.B. müssen neue Umwelttechnologien, die sich aus solchen lokalen Einrichtungen entwickeln, in der Stadt Oldenburg beispielhaft umgesetzt und angewendet werden.

## **1.6 Agenda 21**

Auf unsere Initiative wurde in der Stadt Oldenburg 1997/98 eine lokale Agenda entwickelt. Somit haben wir die Initiative der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) umgesetzt. Jede Kommune soll demnach ihren Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre zu einer global fairen und sozialen Veränderung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern, einem umweltverträglichen Umgang mit Abfällen und Emissionen und einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung leisten.

Der Agenda-Prozess muss wieder stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Neben einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit brauchen die einzelnen Initiativen oft eine intensivere Unterstützung von Seiten der



Fachstellen der Verwaltung. Die Unterstützung und Berücksichtigung der Agenda-Gruppen muss als Aufgabe der Verwaltung und der kommunalpolitischen Gremien verankert werden. Die Ergebnisse der Agenda-Gruppen sollen von Verwaltung und den kommunalen Gremien berücksichtigt werden. Wir wollen die Aufgaben des neu gegründeten Nachhaltigkeitsrates deutlicher fassen und seine Ziele konkreter definieren.

## **1.7 Entsorgung und Abfallwirtschaft**

Die Abfallwirtschaft wird als Eigenbetrieb der Stadt Oldenburg geführt. Wir stehen hinter dieser Betriebsform. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) arbeitet kostendeckend, die anfallenden Gesamtkosten werden auf alle Gebührenehlerinnen und -zähler umgelegt. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft wird also kein Profit angestrebt. Von diesem Wettbewerbsvorteil eines Eigenbetriebes profitieren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in Form von niedrigen Gebühren, was die vergangenen Jahre eindrucksvoll belegen. Eine Privatisierung des Abfallwirtschaftsbetriebes lehnen wir daher ab (vgl. 3.2, 4.4).

Ganz im Gegenteil! Im Jahr 2016 wird der Vertrag mit der Firma Remondis, die derzeit das Kompostwerk betreibt, auslaufen. Wir wollen das Kompostwerk rekommunalisieren und dem AWB zuführen, damit auch dieser nicht unerhebliche Anteil des in der Stadt anfallenden Abfalls wieder vom kostenneutral strebenden AWB profitieren kann.

Es kann nicht sein, dass die Privatwirtschaft mit lukrativen Sektoren der Abfallentsorgung Gewinn macht, potentiell defizitäre aber bei den kommunalen Entsorgern hängen bleiben.

Die derzeit von der schwarz-gelben Bundesregierung erstrebte Novellierung des Abfallkreislaufgesetzes zielt allerdings genau darauf. Die Lobby der privaten Entsorgungswirtschaft stellt sich gegen den bundesweiten Rekommunalisierungstrend in der Abfallwirtschaft. Wir Grünen stemmen uns diesem versuchten Rückschritt entgegen, denn er brächte für die Bürgerinnen und Bürger keinerlei ökologische Vorteile – nur steigende Gebühren. In den vergangenen Jahren hat sich nicht zuletzt in Oldenburg gezeigt, dass die kommunale Trägerschaft die bessere und vor allem kostengünstigere Betriebsform ist.

Je besser und genauer Abfall getrennt wird, desto niedriger können die Müllgebühren gehalten werden. Verstärkte Abfallberatung und entsprechende Einrichtungen, wie z.B. Wertstoffannahmestellen, dienen daher nicht nur der Müllvermeidung, sondern helfen den Bürgerinnen und Bürgern beim Geldsparen. Diese Einrichtungen hat der AWB baulich so ausgerichtet, dass sie auch noch zukünftigen Anforderungen entsprechen. Beim Bau der neuen Wertstoffannahmestelle in Neuenwege ist auf diese Kriterien besonders geachtet worden. Eine weitere baugleiche Wertstoffannahmestelle im Westen der Stadt ist zu prüfen.

## **1.8 Umweltschutzbericht**

Der „Umweltschutzbericht 2000“ war ein Meilenstein des Umweltbewusstseins in Oldenburg. Hier bekamen interessierte Bürgerinnen und Bürger zum ersten und bislang letzten Mal verständliche und übersichtliche Informationen über alle wichtigen Umweltbereiche und damit wichtige Anregungen für das eigene Handeln. Für jede nachhaltige Entwicklung ist das umweltbewusste Verhalten der Menschen zentral. Die derzeitige Verwaltung setzt sich durch Nichterstellen eines entsprechenden Berichtes dem Verdacht aus, unliebsame Tatsachen unter den Tisch zu kehren.

Wir fordern von der Stadt Oldenburg, ihre Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Umweltprobleme offen, umfassend und zeitnah zu informieren. Eine aktualisierte Fassung des Umweltschutzberichtes, insbesondere mit ausführlichem Klimaschutzbericht, ist überfällig. Gleichzeitig soll die Stadt einen Artenschutzbericht erstellen. Die Erstellung der Berichte sollte jährlich erfolgen.

## **1.9 Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ)**

Das RUZ Oldenburg ist Teil eines Netzes von zurzeit 27 regionalen Umweltbildungszentren in Niedersachsen und hier in den letzten 10 Jahren zu einer Institution geworden, die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet, sich durch ein kostenloses Kursangebot in Umweltbelangen praktisch und theoretisch fortzubilden. Wir setzen uns für eine ausreichende personelle Ausstattung des in städtischer Trägerschaft ange-

siedelten RUZ ein, so dass nachgefragte Kurse und Schulklassenbesuche auch tatsächlich durchgeführt werden können.

## **1.10 Oldenburg als Stadt im Grünen**

Ungefähr die Hälfte der Stadtfläche besteht aus Wiesen, Wäldern, Äckern, Parks, Gärten und ähnlichem. Davon stehen ungefähr 60% unter Schutz mit unterschiedlichem Status. Herausragendes Naturschutzgebiet sind die Bornhorster Wiesen als europäisch bedeutsames Gebiet für den Rastvogelschutz in der Hunteniederung. Die ehemalige Mülldeponie in Kreyenbrück ist jetzt begrünt und dient als Naherholungsgebiet „Ut-kiek“. Wir Bündnisgrüne wollen den Schutz dieser Gebiete konsequent umsetzen und ausbauen, sowie weitere Gebiete unter Schutz stellen. Die Ausweisung des Weißenmoores und der Südbäkeniederung als Landschaftsschutzgebiete ist seit Jahren überfällig.

Das Radwegesystem „Grüner Wegestern“ muss weiterentwickelt, um Bereiche im Stadtgebiet ergänzt und so auch als Biotopverbund kombiniert werden, d.h. Grenzen zwischen einzelnen Biotopen überwindbar werden für dortige Organismen (vgl. 2.2).

## **2 Verkehr**

Oldenburg wird durch den Straßenverkehr stark belastet, immer mehr Kraftwagen quälen sich im Durchschnitt mit 30 km/h durch die innere Stadt. Die Folgen sind Staus, ein erhöhter Schafstoffausstoß, Straßenschäden und nicht unerhebliche psychische Belastungen für Anwohner und Anwohnerinnen und sicherlich auch die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer selbst durch erhöhte Stressfaktoren, zeitlichen Druck und Straßenlärm..

Die Verkehrspolitik hat daher einen hohen Stellenwert in der Kommunalpolitik. Oldenburg und andere Städte dürfen aber ihre Verkehrspolitik nicht mehr länger nach dem Maßstab der 50er Jahre ausrichten. Die autofreundliche Stadt ist out! Menschen sehnen sich nach weniger Hektik, weniger Lärm und weniger Dreck in der Stadt. Viele umweltbewusste Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr bereit, die immens hohen Folgekosten, die der motorisierte Verkehr verursacht, zu Lasten anderer dringender Investitionen hinzunehmen.

Die Hälfte aller mit dem Auto gefahrenen Strecken ist kürzer als 2 km. Wenn nur 30% dieser Kurzstrecken mit dem Rad statt mit dem PKW zurückgelegt würden, könnte man im Jahr 7,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Grüne Verkehrspolitik will die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, somit die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer stärken und Konflikte zwischen ihnen minimieren. Ein wichtiges Ziel ist für uns Alternativen zum Autoverkehr zu fördern. Dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kommt dabei eine wichtige Rolle zu, genauso wie dem Fahrrad.

Das bedeutet unter anderem immer wieder Forderungen zugunsten einer Stärkung des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs zu stellen. Die Stadt muss jede sich bietende Chance ergreifen, diese Ideen in finanzierbare Modelle für Oldenburg umzusetzen, wobei behindertengerechte Planungen immer einzubeziehen sind.

### **2.1 Neue Konzepte für den Verkehr von morgen**

Anstatt die Straße in verschiedene Bereiche für Fußwege, Radwege, sowie Autofahrbahnen zu trennen, favorisieren wir Modelle für eine gemeinsame und gleichberechtigte Nutzung der Straßen. In der Zeit der Nachtruhe, also von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens sprechen wir uns für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten von 30 km/h aus. Damit möchten wir eine Verringerung der nächtlichen Lärmbelastung für die Oldenburgerinnen und Oldenburger erreichen.

Die Verkehrslenkungsmechanismen sollen optimiert werden. Neue Lenkungskonzepte, etwa veränderte Ampelschaltungen, die gemeinsame Nutzung der Straße (Shared-Space-Konzept) durch verschiedene Nutzerinnen- und Nutzergruppen sowie eine Reduzierung bis Wegnahme der Beschilderung in übersichtlichen Bereichen, können Oldenburg zu einer modernen und umweltfreundlichen Stadt weiterentwickeln. Car Sha-

ring-Konzepte unterstützen die gemeinsame Nutzung von PKWs und wenden sich ab von der individuellen Nutzung eines Fahrzeuges pro Kopf. Diese Idee erlaubt es (wie z. B. In Freiburg), in Wohngebieten Stellflächen als Grünflächen umzuwandeln oder herzurichten. Dafür bedarf es endlich einer konsequenten Umsetzung dieser erfolgreichen Konzepte.

## **2.2 Zu Fuß und mit dem Rad**

Solange sich gemeinsame Nutzungen nicht umsetzen lassen, bleiben viele Fußgängerinnen und Fußgänger mit der engen Verzahnung von Fuß- und Radverkehr überfordert.

Hauptanliegen der Verwaltung ist aber der reibungslose Fluss des motorisierten Individualverkehrs. Daher werden Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer auf die Randflächen der Straße verdrängt, wo sie sich den spärlichen Platz mit Buswartehäuschen, Fahrradabstellanlagen, Werbeständern, Parkplätzen und Blumenkübeln teilen müssen. Die Folge sind zahllose unüberblickbare Verkehrssituationen, verkehrsrechtliche Grauzonen und zahlreiche Unfälle. An Bushaltestellen lässt die Sicherheit oft zu wünschen übrig, weil der Radweg zwischen Bushaltestelle und Fußweg geführt ist. So kommen sich an der aufwendig neu gestalteten Lappankreuzung immer wieder Busfahrgäste, Radfahrerinnen und Radfahrer in die Quere. Auch an der Everster Hauptstraße hat eine aufwendige und teure Neugestaltung keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Situation für Fußgängerinnen, Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer gebracht. Ähnliches gilt für die Haltestelle an der Ammerländer Heerstraße im Bereich der Carl von Ossietzky-Universität. Besonders gefährlich ist die Situation vor allem für ältere Menschen und Kinder, deren Schulweg immer unsicherer wird. Gerade ältere Menschen mit Gehhilfen brauchen ausreichend Platz. Oldenburg muss auch in der Verkehrspolitik dem demografischen Wandel Rechnung tragen.

Dass ein Radweg für den Radverkehr am sichersten ist, ist ein Mythos. Dies ist in Oldenburg leider noch nicht angekommen. Auch bei der Anlage von Radwegen bleibt die Stadt bei Konzepten aus den 60er und 70er Jahren. Die seit Jahrzehnten kritisierte Trennung der Radwege vom Autoverkehr ist in Oldenburg immer noch gang und gäbe, obwohl Fachleute diese Verkehrsführung nachhaltig kritisieren: Radfahrerinnen und Radfahrer bleiben so konsequent außerhalb des Blickfeldes des Autoverkehrs. Rechtsabbiegende Autos oder LKWs, die Radwege übersehen, sind die häufigste Ursache für schwere Unfälle bei Radfahrerinnen und Radfahrern. In Oldenburg kommt zur baulichen Trennung erschwerend hinzu, dass der zwischen Autofahrbahn und Radweg liegende Grünstreifen Baumbestand aufweist und so beiden Verkehrsteilnehmenden die Sicht nimmt. Bereits 2009 trat eine Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) in Kraft, die Radfahrstreifen, also eine Spur für Radlerinnen und Radler auf der Straße, mit baulich getrennten Radwegen gleichsetzt. Worauf wartet Oldenburg?

Wir fordern:

- Rad- und Fußwege müssen bei der Neuanlage von Radwegen baulich getrennt werden, um die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern zu erhöhen.
- Bei der Neuanlage von Radwegen müssen diese auf Fahrbahnniveau geführt werden, weil nur so die Mobilität der Radfahrerinnen und Radfahrer gewährleistet werden kann. Vorbildlich ist etwa der Radfahrstreifen auf dem Johann-Justus-Weg.
- Kombinierte Radfahrer- und Fußgängerampeln sollen ersetzt werden durch reine Fußgängerampeln. Für Radfahrer werden separate Ampeln eingerichtet, deren Grünphasen denen des Autoverkehrs entsprechen. Alternativ richten sich die Radfahrer gleich nach den Ampeln für den Autoverkehr.
- Die Benutzungspflicht innerörtlicher Radwege, die schmaler als 2,50 m (unter dieser Breite ist kein Überholen möglich) oder nicht asphaltiert sind, muss abgeschafft werden. Nur so wird den Mobilitätsansprüchen der Radlerinnen und Radler Genüge getan.
- Fahrradabstellanlagen (Bügel) dürfen nicht mehr auf dem Gehsteig oder Sonderflächen errichtet werden, sondern auf Parkstreifen, wo sie Kfz-Parkplätze ersetzen. So haben Fußgängerinnen und Fußgänger genügend Platz auf dem Gehsteig.

- Kreuzungsbereiche sollen dahingehend verändert werden, dass eine fuß- und radfreundliche Taktung statt der jetzigen „Stop and Go“-Schaltung technisch realisiert wird.
- Die Fahrradstraßen müssen in echte Fahrradstraßen rückgewidmet werden.
- Das Radwegenetz „Oldenburger Grüner Wegestern“ muss ausgebaut werden (vgl. 1.10). Diese Fahrradrouten sollen mittels Beschilderung gekennzeichnet werden.
- Die Stadt soll Aktionen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“ aktiv unterstützen und mehr autofreie Sonntage organisieren.

## **2.3 Öffentlicher Personennahverkehr**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellt einen wichtigen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Insbesondere für jüngere, ältere und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ist er ein wichtiger Garant für Mobilität. Die Fahrpreise des ÖPNVs in Deutschland gehören zu den höchsten weltweit, auch Oldenburg macht hier keine Ausnahme. Trotzdem werden bereits jetzt jedes Jahr nicht unerhebliche Haushaltsmittel zur Subventionierung eingesetzt. Fortgesetzt werden muss eine Haushaltspolitik, die alle Möglichkeiten ausschöpft, die Fahrpreise günstig zu gestalten.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung des Haltepunktes Wechloy und befürworten die Schaffung von Haltepunkten im Norden und Süden des Stadtgebietes. Wir fordern ein Ende der Verschiebungen und einen baldigen Baubeginn des Haltepunktes Wechloy.

Zu den Stoßzeiten, vor allem morgens, sind die Busse in Oldenburg stark überfüllt und können teilweise keine Fahrgäste mehr aufnehmen, so dass diese auf den nächsten Bus warten müssen und eventuell zu spät zur Arbeit kommen. Dies trägt nicht gerade zur Attraktivität des ÖPNV in Oldenburg bei. Wir begrüßen die kürzlich erfolgte Erweiterung des Taktes in den Abendstunden und am Wochenende und werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass diese Angebotsverbesserung erhalten bleibt. Politisch unterstützen wir in der städtischen Beteiligungsgesellschaft VWG Maßnahmen der Erhebung von Kundenzufriedenheit und ihrer Steigerung. Mehr Fahrgäste und eine höhere Taktfrequenz auf den Buslinien sind weitere grundsätzliche Ziele. Das bedeutet, mehr Busse einzusetzen und mehr Personal einzustellen.

Nachdem der Standort Weser-Ems-Halle als „Park & Ride“-Haltepunkt aufgegeben wurde, ist es dringend erforderlich, Lehren aus dem missglückten aber wichtigen Konzept zu ziehen und in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden Möglichkeiten zu eruieren, wie das Ziel für eine wirtschaftliche Auslastung und optimale Nutzung von „Park & Ride“-Angeboten erreicht werden kann.

Wir unterstützen die vernetzte Kooperation aller im ÖPNV beteiligten im Sinne einer besseren Vernetzung, mehr Attraktivität und größeren Mobilität.

In diesem Zusammenhang begrüßen und unterstützen wir das Semesterticket von Universität und Fachhochschule.

## **2.4 Motorisierter Individualverkehr und Parkraum**

Der bestehende Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Oldenburg muss dringend aktualisiert werden. Dies muss in alleiniger Regie des Verkehrsamtes konzipiert und in den Abstimmungsprozess gebracht werden. Wir wollen auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die ein hohes Interesse an der Verkehrsplanung in ihrem Stadtteil haben.

Chronische Staustrecken müssen analysiert und durch gezielte Verkehrslenkung „entzerrt“ werden. Neue Einbahnstraßen sind zu prüfen und Kreisverkehre als Ersatz für jede Ampel als Innovation für eine festgefahrene Planungspolitik zu betrachten.

Umwege in Baustellenbereichen sind so zu konzipieren, dass den Bedürfnissen der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nach sicherer Fahrweise vorrangig Rechnung getragen wird und nicht wie bislang üblich dem PKW- und LKW-Verkehr.

Wer den motorisierten Individualverkehr senken möchte, kommt um eine Verringerung der Parkmöglichkeiten in der Innenstadt nicht herum. Aber die Anzahl der Parkplätze wird zum Leidwesen der Innenstadtbewohnerinnen und –bewohner immer weiter erhöht; zuletzt durch die Inbetriebnahme des ECE-Centers (vgl. 3.8), das 430 neue Parkplätze bescherte. Dazukommen werden noch hunderte neuer Stellplätze im geplanten Parkhaus in der Auguststraße. Wir fordern, dass zumindest an anderer Stelle Parkraum im gleichen Ausmaß zurückgebaut wird. Wir fordern ebenfalls, dass sich die Stadt beim Land Niedersachsen für die Parkraumbewirtschaftung an der Universität einsetzt.

Seit Jahren weitert die Landesregierung die Stellflächen am ehemaligen Ministeriumsgebäude (Theodor-Tantzen-Platz) aus, um allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenfreies Parken zu ermöglichen. Die Stadt Oldenburg muss sich beim Land dafür einsetzen, diese Praxis zu beenden. Das denkmalgeschützte Ensemble wird durch die parkenden Autos entstellt, sein Erholungswert gemindert und das Verkehrsaufkommen in einem Wohngebiet beträchtlich erhöht. Dabei befindet sich eine Bushaltestelle unmittelbar vor dem Gebäude. Wir streben eine Abschaffung der kostenlosen Parkplätze bei Behörden, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen an.

## **2.5 Um Oldenburg herum**

Oldenburg hat ein großes Interesse am Ausbau und an der Elektrifizierung der Strecke nach Wilhelmshaven. Diese dient nicht nur dem Güterverkehr, der durch den demnächst fertiggestellten Jade-Weser-Port (JWP) stark zunehmen wird. Auch Pendlerinnen und Pendler kann eine schnellere Verbindung nach bzw. vom Norden zum Umsteigen auf den Schienenverkehr bewegen. Daher unterstützen wir einen schnellen Ausbau dieser Strecke. Der Ausbau wird auch die Lärmbelästigung reduzieren (vgl. 3.9).

Wir fordern, dass sich die Stadt Oldenburg klar gegen den Bau einer „Küstenautobahn“ A20 (alt A22) positioniert. Das alles setzt aber auch ein Umdenken in der Verkehrspolitik auf Landes- und Bundesebene voraus. Unsere Abgeordneten werden auch weiterhin für diese Veränderungen kämpfen.

## **2.6 Verkehrspädagogik als Klimapädagogik**

Ziel muss es sein, im Straßenverkehr das eigenverantwortliche umweltbewusste Handeln mit überzeugenden Informationen und Angeboten zu stärken. Geknüpft an Bildungsangebote zum Thema Mobilität und Umweltschutz sollte die Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Hochschulen, Unternehmen, anderen Institutionen und den Verkehrsbetrieben auf eine breitere und verbindliche Ebene im Sinne einer Verwirklichung klimapolitisch relevanter Ziele gerückt werden.

# **3 Stadtentwicklung**

Die Stadt Oldenburg hat sich in den letzten 20 Jahren insgesamt positiv entwickelt, sowohl was die Bevölkerungszahl als auch was die Zahl der Arbeitsplätze, d. h. die wirtschaftliche Gesamtsituation, angeht. Oldenburg steht damit im Kontext mit anderen boomenden Städten im Norden und Nordwesten Deutschlands wie z. B. Hamburg, Bremen oder Leer.

Diese Ausgangssituation stellt die Stadtentwicklungspolitik insbesondere vor dem Hintergrund einer starken Verschuldung der öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen.

Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, in diese hohe Entwicklungsdynamik steuernd einzugreifen. Denn mit einer Aufwertung als Arbeitsort gehen im Allgemeinen eine erhöhte Inanspruchnahme von Siedlungsflächen und höhere Mobilitätsbedürfnisse einher. Da die Stadt Oldenburg aufgrund ihrer Siedlungstradition eine geringe Siedlungs- und Nutzungsdichte aufweist, stehen wir Bündnisgrüne für eine Politik einer behutsamen und angemessenen Nachverdichtung der Gesamtstadt unter besonderer Förderung einer weiteren Innenentwicklung vor einer ungezügelter Außenentwicklung.

So kann nicht nur die Konkurrenz zwischen Flächenverbrauch und Landschaftsschutz austariert werden, damit kann auch die bestehende Infrastruktur höher ausgelastet und die Mobilität der Bewohner verbessert

werden. Es lassen sich weite Wege innerhalb des Siedlungsgefüges für viele Bewohner vermeiden. Insgesamt stehen wir damit für eine ressourcensparende und klimaschonende Siedlungspolitik.

Konkret fordern wir Bündnisgrünen aufgrund des hohen Planungs- und Handlungsbedarfes umgehend, die qualitative und quantitative Bevölkerungsentwicklung zu untersuchen. Eine qualifizierte Grundlage für das weitere Handeln vermeidet Fehlentwicklungen.

Insgesamt ist es für uns selbstverständlich, die Bürger an den Prozessen der Stadtentwicklung über die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren hinausgehend zu beteiligen, um so eine lebendige Stadt und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Wenn in Oldenburg größere Bauvorhaben anstehen, ist es z.Zt. Praxis, dass der Investor die Gutachten über z.B. Umweltverträglichkeit oder Verkehrsfolgen des Projektes selbst in Auftrag bringt und bezahlt. Diese fragwürdige Praxis kritisieren die Grünen. Jeder kennt das Sprichwort „Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'“. Die Erfahrungen mit Gutachten zum Bau des ECE, zu IKEA, zum seinerzeit geplanten Parkhaus an der Amalienstraße usw. bestätigen unsere Kritik an dieser Praxis. Wir Grüne fordern, dass die Oldenburger Stadtverwaltung Einfluss auf die Auswahl der Gutachter nimmt und die Gutachten veröffentlicht. In diesem Zusammenhang sind alle Möglichkeiten informeller Bürgerbeteiligung auszuschöpfen und u verbessern (vgl. 6.6).

### **3.1 Stadtteilentwicklung**

Aus unserer Zielsetzung für die Gesamtstadt heraus setzen wir Bündnisgrüne uns verstärkt für eine Stärkung der Stadtteile ein. Der Stadtteil ist die kleinste Einheit der Stadt, mit der sich die Bürger identifizieren, und oft im eigentlichen Sinne Heimat. In den Stadtteilen sollen deshalb kurze Wege durch Schaffung und Erhaltung der notwendigen Infrastruktur gesichert und gefördert werden.

Zur weiteren Entwicklung der Stadtteile sollte bei begründetem Bedarf die Nachnutzung der Bundeswehr-Liegenschaften geprüft werden. Am Fliegerhorst sollen die Planungen für ein Wohn- und Gewerbegebiet seitens der Stadt endlich abgeschlossen werden, wobei die Ausweisung von einem Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet in diese Planung integriert werden soll.

Das Gebiet der Kaserne Donnerschwee bietet aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen hervorragende Chancen für die Stadtentwicklung. Die zentrale Lage und kurze Wege bieten die Möglichkeit, klimagerecht ein städtisches und lebendiges Quartier zum Arbeiten und Wohnen aber auch für Freizeitliche Nutzungen entstehen zu lassen.

Für Bündnis 90/ Die Grünen können die ehemaligen Kasernen Oldenburgs in einer zukünftigen friedlichen Nutzung den Wohnungsmangel innerhalb der Stadt spürbar lindern: Die historischen Bauten bieten Raum für etwa tausend Bürgerinnen und Bürger, weitere tausend könnten in energieeffizienten Neubauten wohnen, die passend zu den Kasernen in drei- bis viergeschossigen Zeilenbauten errichtet werden.

Wir wollen keinen Ausverkauf an private Großinvestoren, sondern eine Übernahme der Grundstücke durch einen Entwicklungsträger, der sich im Vorfeld festgelegten Entwicklungszielen verpflichtet, oder durch die Stadt Oldenburg selbst. Letzteres böte die Möglichkeit, Grundstücke parzellenweise zum Festpreis, bevorzugt an Baugemeinschaften, zu vergeben, wobei das beste Konzept den Zuschlag erhält. Um die Straßen lebendig zu gestalten, soll in den Erdgeschossen der Neubauten von einer Wohnnutzung abgesehen werden. Stattdessen soll es dort Gewerbe, etwa Cafés, Werkstätten, Läden und Kindergärten geben. Diese Vielfalt kann auf Dauer u.a. gesichert werden, wenn sich die Erwerber per Kaufvertrag und Grundbucheintrag zur Einhaltung der Vorgaben verpflichten. Auch der Besitz und die Vermietung der im Erdgeschoss ansässigen Ladenlokale durch die in oberen Etagen lebenden Familien tragen zum Erhalt einer entstandenen Vielfalt bei und ist daher anzustreben. Kulturelle Nutzungen wie die Wiederbelebung des vorhandenen Kinos könnten diese Mischung ergänzen. Im gesamten Quartier soll Parkverbot gelten. Autos können in Quartiersgaragen am Rande des Viertels abgestellt werden. So entsteht eine Stadt der kurzen Wege. Die Kasernengebäude, als Altbauten Zeugnis der Oldenburger Geschichte, werden saniert und zu Mietwohnungen umgestaltet, die für besondere Nutzungen, etwa durch Studierende, zugeschnitten werden könnten.

Die Entwicklung im Detail sollen in einem oder mehreren städtebaulichen Wettbewerben geklärt werden. Hierbei ist für Bündnis 90/Die Grünen Bürgerbeteiligung aber unerlässlich (vgl. 6). Diese darf nicht zu einem Abnicken fremder Ideen verkommen. Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig beteiligt werden, so dass sie ihr neues Quartier nach ihren Bedürfnissen gestalten können.

## **3.2 Wohnen – Wohnumfeld – Wohnfolgeeinrichtungen**

Oldenburg ist eine wachsende Stadt, die Bevölkerungszahl nimmt stetig zu. Da die Haushaltsgröße weiter sinkt, es immer mehr 1- und 2-Personenhaushalte gibt und nicht mehr so viele 3- bis 4-Personenhaushalte, steigt die Anzahl der Haushalte, die eine Wohnung suchen und brauchen, sogar noch stärker als die Bevölkerungszahl.

Insbesondere in den letzten Monaten hat sich der Wohnungsmarkt spürbar verknappt, gerade für Menschen mit kleinerem Geldbeutel wird es zunehmend schwieriger, eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden. Für Menschen mit Migrationshintergrund, für Wohnungslose, für Frauen und Alleinerziehende in Notsituationen, aber auch für junge Familien und für Senioren mit kleinerer Rente ist es derzeit extrem schwierig, überhaupt Wohnraum zu bekommen.

Bei der GSG Wohngesellschaft sind 5000 Wohnungssuchende registriert, für die die GSG derzeit keine Wohnung anbieten kann. Auszubildende können teilweise ihre Ausbildung in Oldenburg nicht beginnen, weil sie keine Wohnung finden. Gute und bezahlbare Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen ist deshalb nicht nur aus sozialen Gründen für die Entwicklung der Stadt Oldenburg geboten sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Wir Grüne haben deshalb schon im letzten Jahr das Wohnkonzept 2020/2025 für die Stadt Oldenburg auf den Weg gebracht und erste Mittel für den sozialen Wohnungsbau im Haushalt der Stadt Oldenburg für das Jahr 2011 verankert.

In der Stadt Oldenburg fehlen insbesondere kleinere Wohnungen für die zunehmende Zahl der Singles. Darüber hinaus brauchen wir vermehrt barrierefreie Wohnungen für die Menschen mit Handicap und für die zunehmende Zahl von Seniorinnen und Senioren, denen wir ein lebenslanges, selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen wollen.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen und unterstützen das Wohnungsbauprogramm der GSG, die in den nächsten Jahren 1000 neue oder grundlegend sanierte Wohnungen schaffen will. Den Verkauf der GSG an private Investoren lehnen wir ab, weil hierdurch der Stadt Oldenburg ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Wohnungsversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger aber auch für die Entwicklung von Stadtteilen wie dem Kennedyviertel aus der Hand gegeben würde.

Die Stadt Oldenburg muss dafür sorgen, dass Baugenehmigungen zügig erteilt werden können, damit es beim Wohnungsbau keine unnötigen Verzögerungen gibt. Die Stadt muss ausreichend Grundstücke für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Bei Neuausweisungen von Wohnbauflächen geben wir der Innenentwicklung den Vorrang vor Flächen am Stadtrand. Ebenso sind denkmal- und umweltverträgliche Nachverdichtungen sinnvoller als ein Flächenfraß am Stadtrand. Keinesfalls dürfen auch Natur- und Landschaftsschutzgebiete einer räumlichen Expansion geopfert werden bzw. für eine solche umgewidmet werden.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Stadt Oldenburg ein Förderprogramm für den Mietwohnungsbau entwickelt. Dabei dürfen keine Ghettos entstehen, sondern die kleinteiligen, dezentralen Maßnahmen müssen die soziale Mischung in den Wohngebieten erhalten und gewährleisten. Ein Fokus der Förderung muss dabei auf junge Familien und Senioren gerichtet werden.

Wir fordern, dass die Stadt Oldenburg Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau ggf. mit Nachlass verkauft, damit Wohnungen mit bezahlbaren Mieten geschaffen werden können und eine Preisdämpfung bei den Mietsteigerungen insgesamt in der Stadt erzielt werden kann.

In Stadtvierteln mit hohem Verwertungsdruck soll die Stadt prüfen, ob sie ihr Vorkaufsrecht gemäß BauGB geltend machen kann, um ungezügelte Luxussanierungen, die mit der Verdrängung der alten Mieterinnen und Mieter einhergehen, zu verhindern.

Wir Grüne fordern einen städtischen Fond, der genossenschaftliches Wohnen, Baugruppen und gemeinschaftliches Wohnen in Wohnprojekten fördern soll. Gemeinschaftsprojekte wie der Wohnmix an der Weitzstraße schaffen nicht nur neuen, guten Wohnraum, sondern wirken auch gegen die zunehmende Vereinzelung und Vereinsamung der Menschen in unserer Stadt.

Mit diesem Bündel von Maßnahmen soll die wohnungspolitische Zukunft Oldenburgs für die nächsten Jahre gesichert werden. Guter, bezahlbarer Wohnraum muss für alle Menschen dieser Stadt vorhanden sein.

Diese Entwicklung wollen wir Grüne im kreativen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Architekten und der Wohnungswirtschaft vorantreiben.

### **3.3 Klimafreundliches Bauen**

Die Europäische Union hat mittlerweile gesetzlich festgeschrieben, dass ab 2012 alle geplanten öffentlichen und ab 2020 alle neu zu errichtenden privaten Gebäude einen Null-Emissionsstandard haben müssen. Das kann nur mit erneuerbaren Energien und energieeffizienten Bauweisen erreicht werden. Oldenburg muss diese Aufgabe verstärkt angehen. Baugebiete sollten künftig auch so beplant werden, dass die Ausrichtung der Dächer zur besten energetischen Nutzung vorgeschrieben wird (vgl. 1.1, 13.5). In den Bebauungsplänen sind auch weitere ökologische Vorgaben festzuhalten, bspw. Maßnahmen eines sog. „Grünen Regenwassermanagements“, dessen Ziel die Verbesserung der Versickerbarkeit oder temporäre Speicherung von Niederschlagswasser ist, um negative Folgen der Bodenversiegelung bei Starkregen ökologisch und vor allem nachhaltig entgegen zu wirken.

### **3.4 Gewerbeflächen**

Analog der oben formulierten Planungsleitlinien ist der Bedarf an Gewerbeflächen zu ermitteln und in ressourcensparender Weise umzusetzen. Es ist insbesondere der Revitalisierung von Brachflächen der Vorzug zu geben. Als gelungenes Beispiel ist die Nachnutzung des alten Fleiwa-Geländes zu nennen. Auch die ehemaligen Bundeswehrliegenschaften Donnerschwee-Kaserne und Fliegerhorst eignen sich für die Ansiedlung von Gewerbe (vgl. 4.5 und 3.1). Wir setzen uns für die großzügige Ausweisung von Ersatz- und Ausgleichsflächen für Bau- und Gewerbegebiete ein.

### **3.5 Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Der Schutz, die Pflege und die Erhaltung von Kulturdenkmalen sind gesellschaftliche Aufgaben von hohem Rang. Das architektonische und städtebauliche Erbe ist ein unersetzbarer Ausdruck unserer kulturellen, historischen und sozialen Vielfalt. Fehlentscheidungen auf diesem Gebiet gelten für immer und können nicht kompensiert werden. Oldenburg ist hierfür ein trauriges Beispiel. Während unsere Stadt im Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont blieb, ließ die Politik im Modernisierungswahn bis in die siebziger Jahre eine erhebliche Zerstörung des intakten Stadtbildes durch Zweckbauten zu. Die Abrisswelle machte auch vor klassizistischen Häusern, die Oldenburg prägten, nicht halt.

Seit man den Denkmalschutz in Niedersachsen an die Kommunen delegierte, gibt es keine unabhängige Denkmalpflege mehr. Während vorher das Einvernehmen zwischen der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Denkmalschutz festgeschrieben war, untersteht die untere Denkmalschutzbehörde jetzt dem Oberbürgermeister und ist weisungsgebunden. Das hat in Oldenburg bis in die jüngste Zeit zum Abriss denkmalgeschützter Häuser geführt, ohne dass die Politik in irgendeiner Form beteiligt war. Andernorts hat längst ein Bewusstsein dafür eingesetzt, dass Baudenkmale das Gesicht einer Stadt prägen und als gebautes Gedächtnis verantwortungsvoll den nächsten Generationen weitergegeben werden sollen.

Wir sind im Sinne der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ der Überzeugung, dass städtebaulicher Denkmalschutz und die Stärkung unserer Stadt einander bedingen. Um lenkend eingreifen zu können, werden wir dafür sorgen, dass sich der Rat die Entscheidungen über Abrissverfügungen künftig vorbehält. Dies ist nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung möglich. Für die gesamte Altstadt ist die



Gestaltungssatzung dahingehend zu verändern, dass das Stadtbild nicht durch reine Zweckbauten weiter zerstört wird. Dabei sind alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

### **3.6 Innenstadt**

Die Attraktivität und die Aufenthaltsqualität der Innenstadt müssen verbessert werden, um Besucherströme dorthin zu lenken. Wir bemängeln das Erscheinungsbild der Häuser am Heiligengeistwall. Mit einer Ausnahme hat die Anlage des „Boulevards“ nicht zu den nötigen Sanierungen und der damit verbundenen Belebung beigetragen. Angesichts der Beliebtheit der temporären Gärten fordern wir einen ständigen Garten auf dem Waffenplatz, durch den dieser nachhaltig aufgewertet werden kann.

Zu einer lebendigen Innenstadt gehören auch Menschen, die dort wohnen. Aber die Bevölkerungszahl der Oldenburger Innenstadt ist seit Jahren rückläufig, was anscheinend an den sich dort verschlechternden Lebensbedingungen liegt. Derzeit sind es etwas über 1.000 Einwohner, während früher mehr als 10.000 Menschen dort wohnten. Angesichts des knappen Wohnungsangebotes und der zunehmenden Beliebtheit zentralen Wohnens fordern wir eine zeitnahe, genaue Analyse der Gründe dieser Abwanderung, um diesem Abwärtstrend entgegenwirken zu können. Ferner fordern wir, dass dem erheblichen Leerstand von Wohnungen, die sich über den Geschäften befinden und zu denen es teilweise keinen Zugang mehr gibt, ebenfalls gezielt begegnet wird. Hierzu müssen umgehend alle rechtlich zulässigen Mittel (Gefahrenabwehr, Instandhaltungsverpflichtung u.ä.) ausgeschöpft werden. Die Stadt Oldenburg sollte eine Innenstadtbeauftragte bzw. einen -beauftragten als Ombudsperson einsetzen, die erste Anlaufstelle für Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner ist.

### **3.7 Mobilität und Erholung**

Zunehmend profitiert Deutschland von einem Trend zum Inlandsurlaub. Das steigende Umweltbewusstsein der Menschen eröffnet neue Möglichkeiten und Chancen für einen sanften Tourismus, setzt aber auch voraus, in diesem Sektor neue und attraktive Angebote zu schaffen.

Wer die Region erkunden und kennen lernen möchte, erwartet ein Straßen- und Wegenetz durchs Grüne fernab von stark befahrenen Autostraßen. Oldenburg bietet durch den grünen Wegestern verschiedene Wegeanbindungen zu benachbarten Landkreisen und durch die Freizeitroute wunderschöne Strecken, die es möglich machen, an der frischen Luft Ruhe, Entspannung, sportliche Betätigung und Ausgleich zu Fuß, auf Rollen und Rädern zu erleben. Verbesserungs- und ausbaufähig sind vor allem der Straßenbelag auf diversen Strecken. Hervorheben möchten wir hier die innenstadtnahe Freizeitroute nach Bornhorst und zurück. Diese müsste dringend den qualitativen Ansprüchen hinsichtlich Oberflächenbeschaffenheit und Anbindung an andere Wegenetze ausgebaut werden. Des weiteren könnten Ausflugsziele (Gastronomie, saisonbedingter Ausschank) den Anreiz, innerhalb Oldenburgs ein kostenloses Freizeitvergnügen zu nutzen, erhöhen. Als beispielhaft sei hier die Konzeption des Bremer Senats erwähnt, der im Blockland entlang der Wümme und Lesum einen interessanten Mix aus Landschaftserleben und Gastronomie erfolgreich, auch im Sinne arbeitsmarktpolitischer Impulse, umgesetzt hat.

### **3.8 Das ECE-Center**

Trotz großen Widerstands gegen die so genannten Schlosshöfe, an dem wir uns in erheblichem Maße beteiligt haben, konnte das Projekt weder auf politischem noch auf juristischem Wege verhindert werden.

Aus städtebaulicher Sicht ist besonders zu kritisieren, dass das Schloss durch die massiven Baukörper der LzO und des ECE seine Solitärstellung verloren hat und von der Altstadt optisch abgetrennt wird.

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen das Center mit seinen 94 Läden auf einer Verkaufsfläche von ca. 12.500 m<sup>2</sup> und seinen zusätzlichen Cafés und Restaurants auf die übrige Innenstadt haben, wird sich im vollen Umfang erst in den nächsten Jahren zeigen. Nachdem zunächst versprochen wurde, das ECE würde viele zusätzliche Käufer aus dem Umland anlocken, von denen alle profitieren könnten, wurde später eingeräumt, dass ein großer Teil des Centerumsatzes anderen Betrieben abgenommen würde. Hinzu kommt,

dass nunmehr sowohl Delmenhorst als auch Leer eigene Center planen. Nach Aussagen von Gutachtern sehen dadurch die wirtschaftlichen Aussichten für die angestammten Betriebe der Innenstadt und der übrigen Lagen Oldenburgs noch schlechter aus. Wie in anderen Städten bereits geschehen, könnten erhebliche Umsatzverluste zu vermehrten Leerständen und einer negativen Veränderung des Stadtbildes führen.

Angesichts dessen fordern wir, dass die Verkaufsfläche des ECE-Centers auf keinen Fall noch um Flächen der Galeria-Kaufhof oder der Bremer Landesbank erweitert werden darf.

### **3.9 Bahnlärm**

Durch den Jade-Weser-Port wird es zu einer deutlichen Erhöhung der Güterzugfrequenz kommen. Im Erläuterungsbericht zum Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bahnstrecke wird davon ausgegangen, dass die Zahl aller Züge von derzeit 52 auf 130 Züge steigt. Das würde bedeuten, dass zukünftig ca. 20.000 bis 30.000 Oldenburger Bürgerinnen und Bürger, die im Einflussbereich dieser Strecke leben, enormen Belastungen durch Lärm und Erschütterungen ausgesetzt sein werden, die zu Gesundheitsschäden führen können. Gefährdungen durch den Transport von gefährlichen Gütern kommen hinzu.

Für den Lärmschutz gegen Eisenbahnlärm gelten andere (schlechtere) Regeln, als in der Stadtplanung herangezogen werden. Wir lehnen eine solche Privilegierung des Schienenverkehrs gegenüber Gewerbe- und Straßenlärm ab. Zudem befürchten wir, dass der neu hinzukommende Bahnlärm die Ausweisung von Wohngebieten in Oldenburg verhindern oder zumindest erschweren wird.

Hausbesitzer fürchten nicht nur eine Gefährdung ihrer Gesundheit und eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität, sondern auch Schäden an der Bausubstanz älterer Häuser durch die Zunahme der Erschütterungen. Vor allem aber fürchten sie, völlig berechtigt, wesentliche Wertverluste ihrer Grundstücke – ein nicht unbedeutender Belang, der zum Abwägungsmaterial im Planfeststellungsverfahren gehört.

Wir tragen den Bedenken und Befürchtungen der Bahnanlieger Rechnung und fordern den Bau einer neuen Güterverkehrsstraße zur Anbindung des Jade-Weser-Ports an das Hinterland. Als Interimsmaßnahme muss dafür gesorgt werden, dass beim Ausbau der Strecke nach Wilhelmshaven auch eine Lärmsanierung an der Strecke vorgenommen wird (vgl. 2.3).

Bis zur Realisierung dieser Strecke oder des im Planfeststellungsbeschluss zum Jade-Weser-Port (dort S. 108) vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zugesagten Lärmschutzes vor Eröffnung des Jade-Weser-Ports fordern wir ein Nachtfahrverbot von 22 bis 6 Uhr auf der Bahnstrecke von und nach Wilhelmshaven.

## **4 Wirtschaft**

Jeder Mensch übernimmt als Konsument und Produzent eine Verantwortung innerhalb der regionalen, nationalen und globalen Märkte. Wir müssen Reichtumsanhäufung auf der einen und steigende Armut auf der anderen Seite durch solidarisches Wirtschaften in sozialer Verantwortung begegnen!

Konkret bedeutet dies, dass wir uns auf den Ebenen der Gesellschaft und Politik den Grenzen dieses Wachstums stellen und Alternativen zu unserer bisherigen Lebensführung entwickeln müssen.

In dem Rahmen, in dem wir lokal handeln, produzieren und konsumieren, übernehmen wir Verantwortung für globale Entwicklungen!

### **4.1 Stadt der erneuerbaren Energien**

Oldenburg hat große Chancen DIE Stadt für regenerative Energien im Nordwesten zu werden. Durch das sehr erfolgreiche Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) haben sich moderne junge Unternehmen aus dem Bereich der Wind- und Solarenergie hier angesiedelt. Diesen Trend wollen wir weiter verstärken. Unsere Vision für Oldenburg ist die CO<sub>2</sub>-freie Stadt.

Die Gründung von jungen Unternehmen aus den Hochschulen wollen wir durch die städtische Wirtschaftsförderung und Verwaltung (vgl. 1.5) unterstützen. Das Technologie- und Gründerzentrum (TGO) ist eine

Erfolgsgeschichte für die Stadt. Wir wollen daher den weiteren Ausbau zu einem modernen Technologiepark im Raum Wechloy fördern. Oldenburg hat mit den Hochschulen und den neuen Forschungsinstituten die große Chance, das Zeitalter der erneuerbaren Energien in Forschung und Entwicklung zu erreichen. Hier entstehen moderne Arbeitsplätze.

Wir Grünen wollen hin zu einer ökologischen und sozialen Wirtschaftsweise. Hierfür sind innovative Ideen, die zu marktfähigen Produkten weiterentwickelt werden, unerlässlich. Hierzu brauchen wir innovative Unternehmen, was der Förderung von Existenzgründungen eine besondere Bedeutung zukommen lässt. In Oldenburg sind wir z.B. durch Aktivitäten der Universität und dem TGO auf einem guten Weg. Diesen müssen konsequent weiterbeschreiten.

## **4.2 Existenzgründungen von Frauen fördern**

Wir wollen Unternehmensgründungen von Frauen noch deutlich stärker fördern. Noch immer sind Frauen als Unternehmerinnen und in Führungspositionen unterrepräsentiert. Dabei wirtschaften sie oft nachhaltig und klug und denken langfristig. Daher wollen wir Existenzgründungen von und mit Frauen noch stärker in den Fokus nehmen. Das kommunale Wirtschaftsförderprogramm soll mindestens zu 40% an Frauen vergeben werden. Bei Veranstaltungen und Aktionen der städtischen Wirtschaftsförderung sollen Frauen stärker in den Mittelpunkt gestellt werden (vgl. 15.2).

## **4.3 Familienfreundliche Unternehmen**

Die Lebenswelten der Menschen ändern sich. Männer und Frauen wollen gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen und sich gleichzeitig um ihre Familien kümmern können. Daher fordern wir den weiteren Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder (vgl. 8.1). Unternehmen sollten bei der Einrichtung von Betriebskindergärten durch die Stadt beraten und unterstützt werden.

## **4.4 Klares Bekenntnis zu den kommunalen Betrieben**

Oldenburg hat erfolgreiche kommunale Unternehmen (vgl. 1.7). Wir bekennen uns zu unseren Beteiligungen wie der zum Teil städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSG (vgl. 3.2), dem Klinikum Oldenburg, der EWE (vgl. 1.2) und auch der Weser-Ems-Halle. Privatisierungen und den kurzsichtigen Verkauf von kommunalem Tafelsilber lehnen wir ab. Wir erwarten aber von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung Kundenfreundlichkeit und einen Abbau von finanziellen Defiziten. Die Weser-Ems-Halle muss ihren hohen kommunalen Zuschussbedarf reduzieren. Von der GSG erwarten wir ein klares Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau und keine überzogenen Renditeforderungen der Anteilseigner. Das Klinikum Oldenburg ist für uns eine kommunale Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Wir unterstützen den neuen Medizinstudiengang an der Uni und den Oldenburger Krankenhäusern. Er darf aber nicht zum Abbau anderer Studiengänge und von Lehrkapazitäten führen.

## **4.5 Keine neuen Fachmärkte auf der grünen Wiese**

Wir wollen unsere Innenstadt stärken und keine weiteren Fachmärkte auf der grünen Wiese (vgl. 3.4). Durch Famila und Ikea hat Oldenburg mittlerweile zwei große Fachmärkte an der Stadtgrenze. Daneben gibt es mit Real-Kauf in Etzhorn und Möbel Buss zwei kleinere außerstädtische Anziehungspunkte. Einen weiteren Ausbau von Verkaufsflächen an der Peripherie zu Lasten unserer Innenstadt lehnen wir daher ab. Wir wollen vor allem den inhabergeführten Einzelhandel stärken, weil dieser regional Wert schöpft. Weitere austauschbare Ketten und Discounter sind nicht erstrebenswert, da sie oftmals geringe Löhne zahlen und Produkte anbieten, die unter unsozialen Bedingungen hergestellt wurden.

## **4.6 Sparsam mit weiteren Gewerbeflächen**

Der dramatischen Flächenversiegelung (vgl. 1.10) durch immer neue Gewerbegebiete muss Einhalt geboten werden. Wir wollen eine prosperierende und nachhaltige Wirtschaft mit neuen modernen Arbeitsplätzen,

aber nicht auf Kosten der Umwelt und der Zukunft. Weiteren Gewerbeflächen werden wir daher nur mit sehr guten Argumenten unsere Zustimmung geben. Auf dem Fliegerhorst wollen wir ein Mischgebiet mit Wohnen, Dienstleistungen und Handel verwirklichen. Den geplanten Solarpark unterstützen wir, wenn daneben ein weiteres Naturschutzgebiet integriert wird.

## **4.7 Bekenntnis zur interkommunalen Zusammenarbeit**

Die Zukunft der Kommunen liegt nicht in einer zerstörerischen Konkurrenz, sondern in stärkerer Kooperation. Statt sich durch niedrige Gewerbesteuersätze und Subventionswettläufen gegenseitig das Leben schwer zu machen, wollen wir mehr Kooperation mit unseren Umlandgemeinden. Die Metropolregion Oldenburg-Bremen ist ein wichtiger und richtiger Schritt zur Überwindung des kommunalen Kirchturmdenkens. Sie muss aber mit mehr Leben gefüllt werden und darf nicht nur ein Interessensverband der Wirtschaft sein. Daher fordern wir ein transparentes und demokratisches Besetzungsverfahren der Mitglieder.

# **5 Finanzen**

## **5.1 Reform der Gewerbe- und Grundsteuer**

Die Finanzlage in Oldenburg ist dramatisch schlecht. Die Schulden sind in den letzten zwei Jahren durch die Finanz- und Wirtschaftskrise rasant gestiegen. Der städtische Gesamtschuldenstand liegt bei zirka 300 Millionen €. Das ist definitiv zu viel. Die Stadt kann die Haushaltsmisere aber nicht aus eigenen Kräften lösen. Wir brauchen dringend eine echte Gemeindefinanzreform, welche die Einnahmen der Kommunen spürbar verbessert. Wir fordern daher eine Ausweitung der Gewerbesteuer. Sie ist die wichtigste kommunale Einnahmequelle und muss verstetigt werden. Die FDP fordert dagegen eine Abschaffung dieser Unternehmenssteuer und will die Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger in Oldenburg verlagern. Das lehnen wir entschieden ab.

Neben der Gewerbesteuer fordern wir auch eine Reform der Grundsteuer. Die Grundsteuer ist die kleine Vermögenssteuer der Kommunen. Sie muss gerecht und verfassungsfest reformiert werden. Die Grundsteuersätze sind in Oldenburg immer noch moderat.

## **5.2 Entlastung durch Bund und Land**

Der Bund muss Oldenburg vor allem bei den hohen Sozialkosten entlasten. Wir brauchen eine höhere Beteiligung bei den Unterkunftskosten für ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher und Bundesbeteiligungen bei der Jugend- und Eingliederungshilfe, sonst kommt Oldenburg nicht aus dem Bereich der roten Zahlen heraus. Auch das schwarz-gelb regierte Niedersachsen muss den kommunalen Finanzausgleich deutlich erhöhen, statt sich auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Die Stadt wird z.B. den bedarfsgerechten Ausbau für die Betreuung von unter Dreijährigen bis 2013 nicht alleine finanzieren können. Wir fordern eine wesentlich höhere Beteiligung vom Land Niedersachsen.

## **5.3 Konsolidierung der Finanzen**

Vom Oberbürgermeister und der Finanzdezernentin verlangen wir eine realistische Konsolidierungsstrategie für die Stadt. Oldenburg muss sich auf seine Kernaufgaben wie Bildung, Infrastruktur und Soziales konzentrieren. Unfinanzierbare Luxusprojekte mit unübersehbaren Folgekosten kann sich Oldenburg genauso wenig leisten wie überflüssige Chinareisen ohne belastbare Ergebnisse. Wir Grünen haben die schmerzhaften Haushaltskonsolidierungskonzepte bisher mitgetragen, weil überbordende Schulden langfristig gefährlich für jedes Gemeinwesen und nachfolgende Generationen sind. Bei steigender Schuldenlast werden die finanziellen Handlungsspielräume der Kommune immer mehr eingeschränkt. Dies gefährdet zunehmend die freiwilligen Leistungen der Stadt und damit viele Projekte und Aktivitäten im Bereich Soziales und Kultur. Wir werden auch weiterhin auf solide Finanzen setzen. Dies bedeutet auch, dass wir nicht allen Alles versprechen können.

## 5.4 Moderne Personalpolitik und Bürgerorientierung

Neben den sozialen Leistungen sind die Personalkosten der größte Kostenblock im städtischen Haushalt. Wir wollen eine moderne, motivierte Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern freundlich gegenübertritt. Der öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Kritisch sehen wir aber Verbeamtungen, wenn sie nicht nötig sind. Langfristig sind Beamte teurer als Angestellte. Daher wollen wir den Beamtenstatus nur dort vergeben, wo hoheitliche Aufgaben zu erfüllen sind. Bei der Abgabe vormals städtischer Aufgaben an Drittunternehmen (Outsourcing) muss die Stadt soziale Standards beachten und dafür Sorge tragen, dass die beauftragten Unternehmen diese einhalten.

## 6 Bürgerbeteiligung

Basisdemokratie ist eines unserer Gründungsprinzipien. Auch unsere kommunale Politik in Oldenburg kann nur profitieren, wenn sie durch direkte und unkonventionelle Formen der Bürgerbeteiligung ergänzt und erweitert wird. Gerade bei in der Stadt strittigen Fragen kann die Politik dabei nur gewinnen, da sie auf diese Weise ihre letztgültigen Entscheidungen zusätzlich absichern kann.

Wir Bündnisgrüne streben eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerschaft an politischen Informations-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen an. Bürgerinformationen dürfen dabei – wie etwa bei der Vorstellung des „Schlaun Hauses“ – nicht als bloße Präsentationsveranstaltungen bereits gefällter Entscheidungen begriffen und durchgeführt werden. Solche Formen der Scheinbeteiligung beleidigen im schlimmsten Fall sogar eine aufgeklärte Bürgerschaft und tragen zur Demokratieverdrossenheit bei. Bürgerintervention und auch unbequemer Einspruch sollte immer eingeplant, mitgedacht und nicht als „Störung“, sondern als Chance des „Einbaus“ von ganz spezieller Expertise aufgefasst werden, die letztlich immer auch ein Stück weit dem Gemeinwohl dient.

Die Grünen fordern deshalb eine feste Verankerung der Bürgerbeteiligung auch durch Mittel, die im Haushalt vorzusehen sind. Durch Koordination und Dokumentation der Beteiligungsprozesse soll gewährleistet werden, dass die Bürger die Beteiligungsangebote nutzen können und auf die von ihnen eingebrachten Vorschläge jederzeit zurückgegriffen werden kann.

Daneben wollen wir die Idee einer kommunalen Informationsfreiheitssatzung, wie es sie bereits in anderen Städten gibt, auch für Oldenburg aufgreifen. Diese soll den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht einräumen, generell Informationen der Stadtverwaltung (sofern keine höheren Interessen dagegen stehen) einzusehen und gleichzeitig die Verwaltung verpflichten, diese Informationen zugänglich zu machen.

Eine mögliche Form der Meinungsfeststellung kann die Meinungsumfrage sein, die bei punktuellm Bedarf und in möglichst offener Form stattfinden sollte. Hier kann im Einzelfall eine qualifiziertere – weil legitime – Entscheidung von der Kommunalpolitik getroffen, und möglichem Unmut vorgebeugt werden. Bei größeren stadtplanerischen Vorhaben, bei denen Streitigkeiten in der Bürgerschaft oder Politik absehbar sind, plädieren wir dafür, bewährte Partizipationsverfahren (wie z.B. die in vielen Kommunen bereits erfolgreich durchgeführte Planungszelle) anzuwenden. Zwar kosten solche Verfahren Geld, weswegen sie auch nicht ständig oder bei banalen Fällen zum Zuge kommen sollten. In verfahrenen Situationen können sie aber gerade die Lösung sein, und im Vorfeld sogar Folgekosten (z. B. durch Gerichtsverfahren) vermeiden. Mut und Gespür seitens der verfassten Politik ist nötig, um den rechten Moment dafür zu erkennen. Dieses Gespür bringen wir Grüne mit.

Bürgerentscheide in Oldenburg wollen wir vereinfachen. In ihren Kommunen müssen Bürger und Bürgerinnen auch über die Bauleitplanung abstimmen dürfen und ein zulässiger Bürgerentscheid muss aufschiebende Wirkung haben. Die hohen Beteiligungsquoten (d.h. die notwendige Anzahl Stimmen) müssen abgesenkt werden. Als eine böse Attacke gegen kommunale Demokratie und Beteiligung werten wir die Abschaffung der Stichwahlen für das Bürgermeisterinnen- und Bürgermeister- sowie das Landratsamt seitens der schwarz-gelben Landesregierung. Die Stichwahl muss wieder eingeführt werden.

## **6.1 Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Seit vielen Jahren wird in der Stadt Oldenburg nach Wegen gesucht, Kinder und Jugendliche stärker und wirkungsvoller in die Planung und Entscheidung von kommunalen Angelegenheiten einzubeziehen und zu beteiligen. In Oldenburg hat sich hierzu in dieser Wahlperiode eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe mit vielen Akteuren aus der Stadtgesellschaft, Kinderschutz- und Jugendverbandsakteuren gegründet, deren Arbeit wir begrüßen und unterstützen. Rechtlich wird diese Beteiligung seit langem gefordert (UN Kinderrechtskonvention, 1989 (D: 1992), SGB VIII §8 Abs. 1, Niedersächsische Gemeindeordnung §22e), über die Form gibt es jedoch unterschiedliche Vorstellungen.

Kinder und Jugendliche nutzen die Angebote der Stadt auf ihre Weise. Sie haben andere Bedürfnisse als Erwachsene, sie haben ihre eigene Sicht auf das Leben und stellen andere Fragen. Um die Stadt auch für ihre Belange zu gestalten, ist es dringend notwendig, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen, ihre Meinung zu sagen, Kritik und Beschwerde vorzutragen. Und es ist erforderlich, ihre Sicht schon in Planungsphasen einzubeziehen. Ziel muss eine Verstärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei allen kommunalen, sie selbst betreffenden Planungsvorhaben (z. B. Spielplätze, Freizeitzentren, Sportstätten usw.) sein. Erstmals konnten jetzt Modelle und Projekte mit Kindern und Jugendlichen in Oldenburg erprobt und durchgeführt werden in ämterübergreifenden Projekten zwischen Stadtplanung und Jugendamt. Kinder und Jugendliche sowie viele verschiedene Akteure engagierten sich z.B. sehr in dem Projekt „Donnerschwee wird freizeitfit“, das aufgrund von zusätzlichen Bundesmitteln ermöglicht wurde. Hieran muss Oldenburg anknüpfen. Wir Grüne haben für diese Arbeit 10.000 € in den Haushalt 2011 eingestellt.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt demokratische Lernprozesse sowie den Respekt zwischen den Generationen. Sie werden so unterstützt, aktiv und verantwortlich ihre Lebensbedingungen mit zu gestalten. Ihre Beteiligung ist ein wichtiger Beitrag, politischem Desinteresse entgegenzuwirken. Die Erfahrung des „Gefragt seins“ bei den Kindern ist also auch eine gute Investition in die Zukunft unseres Gemeinwesens und unserer kommunalen Demokratie.

Beteiligung geht nicht von allein und muss organisiert werden! Es muss hierfür einen Ort und Menschen geben, die sich engagiert darum kümmern.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, in Oldenburg verlässliche Strukturen zu schaffen, die sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche bei allen Fragen, die auch ihr Leben in der Stadt Oldenburg betreffen, in altersangemessener Weise beteiligt werden. In einem Kinder- und Jugendbüro sind Ansprechpartner, die Anregungen, Beschwerden und Fragen entgegennehmen. Von hier aus können methodisch vielfältige Beteiligungsaktionen ausgehen und hier können die Dienststellen der Stadt unterstützt werden, wenn sie Kinder und Jugendliche einbeziehen wollen.

Das Haus der Jugend ist ein wichtiger von vielen Orten für jugendliches Engagement und Zusammenwirken. Es muss allerdings auch baulich diesem Umstand gerecht werden. Der Stadtjugendring ist sehr lebendig und erfüllt wichtige kommunale Aufgaben der Kinder- und Jugendbeteiligung; er muss finanziell und personell entsprechend ausgestattet sein.

## **6.2 Bürgerhaushalt**

Die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen nach Einführung eines Bürgerhaushalts für Oldenburg ist in der vergangenen Ratsperiode realisiert worden, was wir sehr begrüßen. Wir sehen im Bürgerhaushalt ein wichtiges Instrument der Bürgerkonsultation. Dem Rat der Stadt Oldenburg konnten auf diesem direktdemokratischen Weg viele gute Vorschläge aus der Bürgerschaft unterbreitet werden. Diese zeichneten sich weit überwiegend durch Sachkenntnis bei der Problemanalyse, Ideenreichtum und verantwortungsvollen Umgang mit knappen öffentlichen Mitteln aus.

Uns Grünen ist dabei sehr wohl bewusst, dass der Bürgerhaushalt stets weiter evaluiert und verfahrenstechnisch optimiert werden muss. Vor allem müssen die Bürgerinnen und Bürger seitens der Verwaltung umfassend von dieser Einflussmöglichkeit in Kenntnis gesetzt werden.

Insgesamt stehen wir zum Bürgerhaushalt und wollen ihn beibehalten – im Gegensatz zur FDP, die ihn abschaffen will, und zur CDU, die sich sehr skeptisch gibt.

### **6.3 Bürgerschaftliches Engagement**

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft gesellschaftliche Solidarität. Häufig entstehen Gruppen bürgerschaftlichen Engagements um eine bestimmte Problemsituation und sammeln ihre Mitglieder im Wunsch, die „Dinge selbst in die Hand zu nehmen“. Wir Bündnisgrünen sehen in der Übernahme von Verantwortung für sich und andere einen wichtigen Bestandteil einer lebendigen, sozialen Kultur. Nur wer am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, kann es beeinflussen.

Wir Bündnisgrüne wollen in der Kommunalpolitik bürgerschaftliche Gruppen als Kooperationspartnerinnen begreifen und fördern. Wir möchten Nachbarschaften mit ihren kleinen sozialen Netzen stärken, die Arbeit von Selbsthilfeinitiativen und Sozialarbeit mit lebensräumlichen Bezügen unterstützen und zu einer Kultur der lebendigen Stadtteile beitragen. Örtliche offene oder runde Tische, an denen Meinungen eingebracht und diskutiert werden, unterstützen wir. Bei all dem ist freiwilliges bürgerschaftliches Engagement für uns kein Ersatz, sondern Ergänzung staatlicher Sozialarbeit. Entschieden wehren wir uns gegen die schleichende Tendenz, immer mehr eigentlich öffentliche Aufgaben über das Bürgerengagement zu organisieren und es somit gleichsam auszubeuten.

### **6.4 Bürgerrechte und Datenschutz**

Die immer umfangreichere Videoüberwachung in öffentlichen Bereichen des Lebens lehnen wir ab. Dies betrifft auch den Lappan. Wir Grüne wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder frei entfalten kann. Wir setzen auf Prävention, um Gewalt und andere Straftaten zu verhindern. Kameraüberwachung auf öffentlichen Plätzen, wie sie andere Parteien als Allheilmittel für überall fordern, ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine stärkere Präsenz der Polizei, weil wir überzeugt sind, dass dies eine abschreckendere Wirkung hat, Straftaten zu begehen, als die wahllose Installation von Kameraüberwachungssystemen, die im besten Fall Straftaten aufzeichnen, aber im Notfall keine direkte Hilfe leisten können. Wir fordern die Kameraüberwachung im ÖPNV zu analysieren und zu bewerten. Sofern es die Sicherheitssituation für Fahrgäste und Fahrer nicht verbessert hat, wäre diese wieder abzuschaffen.

Die testweise für ein Jahr eingeführte Sperrstunde zwischen 5 und 7 Uhr morgens werden wir sorgfältig analysieren und bewerten. Falls der gewünschte Effekt, die Gewaltdelikte in der Innenstadt zu verringern, nicht eintritt, werden wir dafür stimmen, diese Sperrstunde im Sinne der Bürgerrechte wieder abzuschaffen, da in diesem Fall die Grundlage für diesen Einschnitt in die Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger entfallen würde.

Der personenbezogene Datenschutz ist seitens der Verwaltung und auch des Jobcenters strikt und unter allen Umständen einzuhalten – hier kam es in der Vergangenheit zu Pannen, die sich nicht wiederholen dürfen. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten an z. B. Verlage, Rundfunk etc. darf nicht automatisch und vor allem nicht ohne Kenntnis der/des Betroffene(n) erfolgen. Mindestens muss jede Bürgerin und jeder Bürger aktiv über die Möglichkeit des Widerspruchs (Übermittlungssperre) aufgeklärt werden.

### **6.5 Bürgerfreundliche Verwaltung**

Wir Grüne wünschen uns einen guten, freundlichen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern in allen Ämtern und Behörden der Stadt. Schließlich ist Bürokratie keine Umgangsform sondern eine rationale Verfahrensart. In dieser Ratsperiode hat die Stadt Oldenburg ein Service-Center eingerichtet, welches niederschwellig die verschiedensten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufnimmt und an die jeweils zuständige Stelle weiterleitet. Diese Einrichtung begrüßen wir ebenso wie die Teilnahme an dem Projekt der deutschlandweit einheitlichen Behördenrufnummer 115. Interkommunal stärkt Oldenburg hier auch seine Rolle als Oberzentrum, indem die Verwaltung mittlerweile auch Dienste für andere Kommunen übernimmt. Intern

bemüht sich die Verwaltung bereits um eine leichter verständliche Sprache bei behördlichen Schreiben und hat dazu Vorschläge entwickelt. Diese Bemühungen unterstützen wir Grüne.

## **6.6 Kommunale Netzpolitik und E-Government**

Als innovationsfreudige Partei wollen wir neue internetbasierte Formen der Bürgerbeteiligung, wie etwa beim Bürgerhaushalt, ausbauen. Das Web 2.0 wollen wir insgesamt im Bereich der Netzkontakte mit der kommunalen Verwaltung (Stichwort: E-Government) und kommunalen Politik (E-Democracy) verstärkt einbeziehen, da Rückkanäle und Reaktionen auf die Bürgerinnen und Bürger hierbei vorgesehen und möglich sind. Verwaltungsintern soll – falls noch nicht erfolgt – geprüft werden, ob es nicht Sinn ergibt, freie Software statt kostenintensiver Monopolsoftware für die administrative IT zu nutzen. Die Kommune soll über die Möglichkeiten einer energieeffizienten und ressourcenschonenden IT („Green IT“) intern und extern informieren und alle Möglichkeiten zur Sensibilisierung für dieses Thema ausschöpfen.

Wir schlagen vor, aktuelle und vergangene Sitzungen des Oldenburger Rates auf die städtische Website online zu stellen, damit sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ein Bild vom kommunalpolitischen Geschehen machen können. Des Weiteren stellen wir fest, dass die städtische Homepage nicht allein als politische Plattform des Oberbürgermeisters konzipiert sein darf; sie ist als virtueller öffentlicher Raum anzusehen, weswegen wir fordern, dass auch Ratsentscheidungen hier künftig prominenter platziert und publiziert werden. Dass die Seite natürlich auch frei von jeglicher kommerziellen Werbung sein muss, steht dabei für uns außer Frage.

Des Weiteren fordern wir generell eine kosten-, diskriminierungs- und barrierefreie Bereitstellung von öffentlichen Daten und (Geo-)Informationen. Diese Informationen müssen zügig nach Erhebung und in standardisierten Formaten zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wurden diese alle mittels öffentlicher Mittel (Steuern etc.) gesammelt und gehören der Allgemeinheit. Ausnahmen bilden hier Informationen, die personenbezogene Daten beinhalten bzw. die Belange Dritter berühren. Die informationelle Selbstbestimmung muss geschützt werden. Diese Forderung geht einher mit der Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes. Wenn die Herausgabe von Daten an Bürger abgelehnt wird ist dies von der Behörde zu begründen und durch den Datenschutzbeauftragten der Stadt zu überprüfen.

## **6.7 Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Wir Grüne fordern ein offensives Auftreten (in) der Kommune gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und rechtsextreme Tendenzen. Das Engagement gegen Rechts ist für uns kein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher, grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Das betrifft nicht nur Nazis, sondern auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in der so genannten Mitte der Gesellschaft. Gemeinsam mit 500 Bürgerinnen und Bürgern und 15 Initiativen und Organisationen haben wir Grüne in Oldenburg Anfang 2011 mit einer Podiumsdiskussion ein eindeutiges Zeichen gegen die hochproblematischen Thesen Thilo Sarrazins gesetzt. Dieses beeindruckende Engagement gilt es zu verstetigen, denn das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft vor Ort.

In Oldenburg brauchen wir eine lebendige Erinnerungskultur, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Einen Schlussstrich gibt es für uns nicht. Unseren Protest gegen Nazis, Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Antisemitismus zeigen wir auch auf der Straße und wir werden uns dort wo es nötig ist mit Demonstrationen und friedlichen Blockaden rechtsextremen Kundgebungen und Aktionen entgegenstellen.



## **6.8 Abwahl des Oberbürgermeisters**

Nachdem die Parteibasis des Stadtverbandes Oldenburg von Bündnis 90/Die Grünen sich am 16.02.2009 dazu entschieden hat, ein Abwahlverfahren gegen den Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerd Schwandner einzuleiten, ist dies damals knapp gescheitert. Aufgrund verschiedener Brüche von Wahlversprechen, wie dem Bau des ECE-Centers und der Nichtberücksichtigung von Ratsentscheidungen in einigen Bereichen stehen wir nach wie vor für eine Abwahl des Oberbürgermeisters zur Verfügung. Wenn sich im Stadtrat nach der Wahl eine entsprechende Mehrheit findet, werden wir diese Initiative erneut starten.

## **7 Kultur**

Kultur gilt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung als freiwillige Aufgabe. Daher geraten die Kulturhaushalte in Zeiten radikaler Sparmaßnahmen immer mehr unter Druck und freiwillige Leistungen fallen dem Rotstift zum Opfer.

Gleichzeitig erfährt Kultur aber als nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor und elementare Triebfeder für die Entwicklung einer Region (hier: Metropolregion Oldenburg/Bremen) gesteigerte Aufmerksamkeit. Ein lebendiges Kulturleben lockt zudem Neubürgerinnen und Neubürger an, fördert den Tourismus und wird von der Wirtschaft als Profilierungsmöglichkeit geschätzt.

Mithilfe des in dieser Wahlperiode beschlossenen Masterplans „Kultur für die Stadt Oldenburg“, dessen Entstehung wir kritisch begleitet haben, wurden eindeutige und verbindliche kulturpolitische Leitlinien festgelegt, an denen sich auch unsere zukünftige Arbeit weitestgehend orientieren soll. Die entscheidende Frage ist jedoch die Prioritätensetzung, die Konkretisier- und Umsetzbarkeit.

Die Oldenburgerinnen und Oldenburger wollen Museen als Orte des Stadt- und Landgedächtnisses nicht aufgeben. Andererseits sind die Museen oft schlecht besucht. Mit der Schaffung einer Amtsleiterstelle für die städtischen Museen haben wir den nötigen Schritt zu einer stärkeren Vernetzung getätigt. Die steigenden Besucherzahlen im Stadt- und Horst-Janssen-Museum bestätigen die Richtigkeit dieser Entscheidung. Um diese Entwicklung zu verstärken fordern wir zusätzlich die Einrichtung einer Stelle, die das Marketing aller Oldenburger Museen koordiniert. Da diese Stelle auch die Landesmuseen vermarkten soll, ist sie vom Land Niedersachsen teilzufinanzieren.

Wir unterstützen eine Zusammenarbeit mit Bremen im Kulturbereich. So sollte Oldenburg sein Profil im Bereich Medienkunst (Edith-Ruß-Haus) weiter entwickeln. Dies soll ein erfolgreiches Alleinstellungsmerkmal Oldenburgs bleiben, das durch Kooperation mit den Oldenburger Filmtagen unter anderem noch gestärkt werden kann. Zur Profilierung im Medienbereich zählt auch der Lokalsender Oeins, der im Rahmen der Ergebnisse der Creative City Challenge ein neues Domizil beziehen wird und aufgrund der Neufassung des niedersächsischen Mediengesetzes in einer möglichen zukünftigen Konkurrenzsituation mit neu gegründeten, privaten Lokalsendern von uns in seiner Arbeit gestärkt werden soll.

Ferner fordern wir, dass Oldenburg sich als Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendliteratur/-theater weiter profilieren soll. Mit der Kinderbuchmesse (KIBUM), einem generell kinderfreundlichen Klima und nicht zuletzt einem prognostizierten Bevölkerungswachstum bietet die Stadt ideale Voraussetzungen.

Die in der jetzigen Ratsperiode begonnene Arbeit des Kulturamtes im Bereich der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen wollen wir intensivieren.

### **7.1 Theaterszene**

Es ist uns gelungen, dass die freien Oldenburger Theater eine institutionelle Förderung bekommen. Jedoch müssen wir feststellen, dass sich die Konkurrenzsituation mit dem Staatstheater verschärft hat, seitdem dieses die Exerzierhalle als Spielstätte für Junges Theater betreibt. Im Wettbewerb mit dem finanziell und personell viel besser ausgestatteten Staatstheater kann die freie Theaterszene, die vor allem von der Besetzung von kulturellen Nischen lebt, auf lange Sicht nicht bestehen, ohne selbst eine höhere Förderung zu erfahren.

Vor diesem Hintergrund sehen wir eine weitere Ausdehnung des Staatstheaters äußerst kritisch und setzen uns daher für eine Begrenzung der Spielstätten und Betätigungsfelder ein.

Eine Zusammenarbeit der freien Theaterszene mit dem Staatstheater, von denen beide Seiten profitieren, wird von uns weiterhin unterstützt.

Um den Weg in die Eigenständigkeit voranzuschreiten, haben wir in der jetzigen Wahlperiode mit dafür gesorgt, dass Stadt und Land die Kulturetage beim Erwerb und der Sanierung ihrer Räumlichkeiten unterstützt, so dass auf lange Sicht nicht nur die Kulturetage sondern auch die Stadt Oldenburg finanziell profitiert und Mittel für neue Projekte freierwerden. Ebenso konnten das Theater Laboratorium und das Theater Wrede ihre neuen Spielstätten beziehen.

Aufgrund der vielfältigen Entwicklungen in der freien Oldenburger Theaterszene innerhalb der letzten Jahre halten wir den Zeitpunkt für günstig, nun gemeinsam mit den Akteuren zu schauen, welche unterschiedlichen Bedarfe sie haben und auf welche Art und Weise die Stadt in Form des Kulturamtes gerecht und den jeweiligen Notwendigkeiten angemessen Hilfe leisten kann. Eine Förderung darf sich nicht allein im Finanziellen erschöpfen.

## **7.2 Kultur von Allen – Kultur für Alle**

Ein reiches Kulturleben ist der beste Indikator für die Vielfalt einer Stadt. Wie die meisten Oldenburgerinnen und Oldenburger schätzen wir die Beiträge von Vereinen und Gruppen zum Oldenburger Kulturleben.

Wir wünschen, dass diese Vielfalt erhalten bleibt. Traditionelle wie neue Musik, private Projekte zu Film und Fotografie sollen weiterhin durch Vergabe projektbezogener Mittel gefördert werden. Die freien Theater sollen in ihrer Ausrichtung auf das Kinder- und Jugendtheater die notwendige Unterstützung erfahren und tragen neben der erfolgreichen und zu fördernden Arbeit der Kunst- und Musikschulen zur Kinderfreundlichkeit unserer Stadt bei.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zudem wichtig, dass der von einem breiten Publikum aufgrund seiner Veranstaltungsvielfalt geschätzte Kultursommer nicht nur in seiner Existenz gesichert wird, sondern auch weiterhin sein Programm so weit wie möglich kostenlos den Bürgerinnen und Bürgern anbietet.

Die stetig ansteigende Zahl der Ausleihen in den städtischen Bibliotheken zeugt sowohl von einer guten Ausstattung an Medien als auch einem verbesserten Service und macht deutlich, dass die Lesebegeisterung in dieser Stadt groß ist. Diese Entwicklung wollen wir auch in Anbetracht der zu verstärkenden Arbeit im Bereich der Kulturellen Bildung durch Erhalt und Angebotsausweitung der Stadtteilbibliotheken unterstützen.

Für die Gründung von „Wilhelm 13“ in der bisherigen Spielstätte des Theater Laboratorium, in dem Musik und Literatur eine besondere Heimat und Zusammenarbeit gefunden haben, haben wir Bündnisgrünen uns verstärkt eingesetzt. Wir schätzen die zahlreichen Initiativen im Filmbereich.

Es ist uns wichtig, dass Bedürftige vergünstigten Zugang zu den Kulturstätten erhalten. Daher haben und werden wir uns im Rat und im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters dafür stark machen, dass ein Sozialtarif in Form des Oldenburg-Pass eingeführt wird, der es bedürftigen Familien ermöglicht, Karten vergünstigt zu erwerben und gemeinsam eine Aufführung zu besuchen.

Zur Förderung der Oldenburger bildenden Künstler fordern wir Räume für Künstlerateliers. Die Einrichtung einer städtischen Galerie oder andere Möglichkeiten für eine wiederkehrende Ausstellungsmöglichkeit soll erwogen werden.

## **7.3 Arbeitsplatz Kultur**

Der Kulturbereich ist gekennzeichnet durch eine extrem hohe Zahl unterbezahlter Werkverträge, nicht vergüteter Praktika, ABM-Stellen und schließlich so genannter Ein-Euro-Jobs. Diese Verträge untergraben nicht nur das Selbstwertgefühl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern schaden auch den anbietenden Institutionen, weil weder Qualität noch Kontinuität der Arbeit gesichert ist. Wir fordern daher die stärkere Etablierung von regulären Arbeitsverträgen im Kulturbereich.

## **7.4 Kultur und Wirtschaft**

Wir begrüßen Sponsoring als Möglichkeit der Realisierung von Ausstellungen, Aufführungen und weiteren kulturellen Angeboten, die anderweitig nicht möglich wären. Sponsoring darf dabei weder alleiniger Zweck noch alleiniges Finanzierungsmittel kultureller Aktivitäten werden.

## **7.5 Wissenschaft und Kultur**

Aus der mehrjährigen Debatte um das Vertriebenenendenkmal haben wir Bündnisgrünen die traurige Erfahrung gewinnen müssen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass auf die Fachkompetenz der eigenen Universität in dem Maße zurückgegriffen wird, wie es nötig wäre. Dabei können gerade bei der Auseinandersetzung mit lokalen Gedenkstätten, Denk- und Mahnmalen die ansässigen Fachkenntnisse, insbesondere auch im Bereich der Erinnerungskultur, äußerst hilfreich sein und der Stadt, aber auch der Universität die Möglichkeit bieten, mittels kooperativer Projekte die lokalen Geschichte in Erinnerung zu rufen, sich mit ihr auseinanderzusetzen und sie ggf. kritisch aufzuarbeiten. Solch eine verstärkte Zusammenarbeit wollen Bündnis 90/Die Grünen weiterhin aufbauen.

## **7.6 Kulturförderabgabe**

An den freiwilligen Leistungen wird als erstes gespart, sobald die Haushalte unter Druck geraten – so auch am Kulturbudget.

Da aufgrund des so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes von CDU und FDP die Hotellerie eine Senkung der Mehrwertsteuer von 19% auf 7% geschenkt bekommen hat und somit der öffentlichen Hand im Bund, Land und in den Kommunen nötige finanzielle Mittel entzogen wurden, haben wir im letzten Jahr für Oldenburg die Einführung einer „Kulturförderabgabe“ (umgangssprachlich Bettensteuer genannt) beantragt, die spätestens für das Haushaltsjahr 2012 beschlossen werden soll. Mithilfe dieser 5%igen Abgabe auf Übernachtungen könnten bis zu 360.000 € eingenommen werden.

Bündnis 90/Die Grünen möchten mit diesen zusätzlichen Einnahmen das Budget für die Kulturausgaben erhöhen, um somit laufende Projekte finanziell besser zu stellen oder aber neue Projekte mit Geld ausstatten zu können. Diese zusätzlichen Investitionen steigern die Attraktivität der Stadt und kommen somit der hiesigen Tourismusbranche wieder zugute.

# **8 Familie**

Familien sind eine Bereicherung für jeden Einzelnen und die tragende Säule unserer zukünftigen Gesellschaft. Für uns ist überall dort Familie, wo jemand unabhängig von Lebensform und -phase für eine(n) andere(n) (Für)Sorge trägt oder mit ihm/ihr in enger Verbundenheit lebt.

Auch die Kommunen haben erkannt, dass sie nur weiterhin wirtschaftliche Stärke besitzen, wenn sie verstärkt in familienfreundliche Strukturen und Angebote investieren. Im März 2009 wurde vom Rat der Stadt Oldenburg das Konzept „Familienfreundliche Stadt“ beschlossen. Die in dem Konzept definierten umfangreichen strategischen Handlungsziele – etwa zur Tagesbetreuung von Kindern oder zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie – gilt es hartnäckig zu verfolgen. In der nächsten Ratsperiode werden wir die Verwirklichung der Ziele überprüfen und für eine Weiterentwicklung des Konzeptes eintreten.

Oldenburg muss sich keine Sorge über schrumpfende Bevölkerungszahlen machen. Im Moment gehört Oldenburg zu den wenigen deutschen Städten, deren Bevölkerungszahl nicht sinkt, profitiert dabei aber nicht von einer hohen Geburtenzahl, sondern vom Zuzug Auswärtiger. Wir Bündnisgrünen wollen die Stadt für Familien mit Kindern attraktiver gestalten, indem wir ihre Lebensbedingungen und -situationen noch stärker in den Mittelpunkt des kommunalpolitischen Handelns rücken. Die Teilhabechance an Bildung spielt dabei die Schlüsselrolle neben anderen Bedingungen, die an anderer Stelle dieses Wahlprogramms aufgeführt werden (vgl. 9 ff.).

## **8.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Frauen und Männer sollen gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und an Erziehungs- bzw. Familien- und Pflegeaufgaben erhalten. Dazu ist immer noch ein Umdenken in der Gesellschaft notwendig, im Besonderen auch in den Personalbüros und Chefetagen (vgl. 9.1).

Die Auslobung eines Preises für familienfreundliche Unternehmen durch die Stadt Oldenburg (OLLY) hat nur bei wenigen Unternehmen dazu geführt, dass die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten wesentlich familienfreundlicher gestaltet worden sind. Der OLLY soll daher von der Stadt stärker beworben werden und für mittlere und kleinere Unternehmen ein Geldpreis sein.

Familien und Kinder brauchen Zeit. Diese ist nicht immer vorhanden oder planbar. Familien- und kinderfreundliche Arbeit berücksichtigt dies mit Arbeitszeitmodellen wie Gleitzeit-Regelungen oder Lebensarbeitskonten. Wir Bündnisgrüne wollen uns einsetzen für eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten für junge Familien, besonders für städtische Arbeitsplätze, z. B. durch die Möglichkeit der Umwandlung von Vollzeitstellen in zeitlich begrenzte Teilzeitstellen, durch Einrichtung betriebsinterner Kinderkrippen, durch flexible Arbeitszeitregelungen für die Betreuung der Kinder im Krankheitsfall oder durch die Förderung von Betriebskindertagesstätten für Verbände von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den zügigen bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten. Wichtig sind qualifizierte Betreuungsmöglichkeiten in der Stadt – seien es Kindertagesstätten, Horte oder Ganztagschulen (vgl. 10.2).

## **8.2 Beratung und Unterstützung von Familien in Oldenburg**

Familien sollten Orte der Geborgenheit und Freude sein. Familien sollten ihre einzelnen Mitglieder stärken. Familiäre Solidarität prägt, wenn sie vorhanden ist, das weitere Empfinden und Verhalten der Menschen. Doch Familien kommen immer wieder an Grenzen. Gerade in der heutigen Zeit – gezeichnet von Arbeitslosigkeit, zunehmender Verschuldung und Vereinsamung – ist es für viele Familien wichtig, von den vielfältigen Hilfs- und Unterstützungsangeboten der Stadt zu erfahren. Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) der Stadt hat die Aufgabe, den Familien bedarfsgerechte Hilfe anzubieten, über weitere Hilfemöglichkeiten zu beraten und bei Bedarf über Netzwerkpartner Hilfen zu installieren. Die Wohnortnähe ist von Vorteil und den Plan, den ASD dezentral in den Stadtteilen anzusiedeln, begrüßen wir sehr. Die örtliche Nähe reicht jedoch nicht aus. Qualifizierte Fachkräfte im Bereich Sozialarbeit sind im ausreichenden Maße von der Stadt einzustellen.

Die Oldenburger Gemeinwesenarbeit (Bloherfelde, Dietrichsfeld, Kulturzentrum Rennplatz und Kreyenbrück) erreicht mit ihren vielseitigen Angeboten immer mehr Oldenburgerinnen und Oldenburger. Wir Grünen fordern den Ausbau dieser Gemeinwesenarbeit und adäquate niederschwellige Angebote auch in anderen Stadtteilen. Die Stadt muss für gute Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Fachberatungseinrichtungen und weiteren Unterstützungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen sorgen, z. B. durch die Unterstützung von Runden Tischen in allen Stadtteilen für die sozialen Akteurinnen und Akteure (haupt- und ehrenamtlich).

Wir unterstützen die Einführung des Projektes „Verantwortungsvolle Elternschaft“ durch Pro Familia, welches das Ziel hat, dass sich Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit der Elternrolle auseinandersetzen. Dies gilt insbesondere für sozial schwache Schülerinnen, die von ungewollter Schwangerschaft besonders betroffen sind. Oft sehen junge Frauen mit geringem Bildungshintergrund in einer frühen Schwangerschaft eine Alternative zu Schulabschluss und Ausbildung.

Wir fordern außerdem die Fortführung des Fonds für Verhütungsmittel für Frauen und Männer mit geringen finanziellen Ressourcen, da diese sich sonst keine Verhütungsmittel leisten können.

## **8.3 Jugendhilfe**

Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien ändern sich stetig, entsprechend müssen auch Angebote laufend konzeptionell überprüft und verändert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche ein breites professionelles aber insbesondere qualifiziertes Hilfsangebot vorfinden. Wir befürworten präventive, stadtteilorientierte Angebote wie Jugendfreizeitstätten, theater-,

sport- und erlebnispädagogische Projekte und geschlechtsspezifische und gemeinsame Angebote für Mädchen und Jungen.

Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit einem erhöhten Unterstützungsbedarf und die Anzahl von verunsicherten, überforderten, hilfebedürftigen Eltern steigen. Die Ursachen sind vielschichtig. Die so genannten Hilfen zur Erziehung (HzE) liegen in Oldenburg wie in anderen großen Städten auf hohem Niveau. Je früher Familien Unterstützung erfahren desto eher kann es ihnen aber gelingen, verantwortliche Erziehungsarbeit erfolgreich zu gestalten. Der Ausbau des Krippen- und Ganztagsschulangebotes ist auf jeden Fall ein Schritt, um die Familien in ihrer Erziehungs- und Betreuungsarbeit zu unterstützen (vgl. 10.3). Ambulante Unterstützungsangebote für betroffene Familien wie z.B. „Sozialpädagogische Familienhilfe“, individuelle Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche, „Erziehungsbeistandschaften“, soziale Gruppenarbeit und betreutes Wohnen für Jugendliche sind Maßnahmen, um schulische Aussonderung zu verhindern oder stationäre Unterbringungen zu vermeiden. Bei notwendigen Inobhutnahmen halten wir eine stationäre Zwiischenaufnahme für sinnvoller als eine sofortige Verteilung auf Pflegefamilien, die oft nicht unmittelbar durchgeführt werden kann. Im Vordergrund muss der individuelle Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen stehen. Selbstverständlich spielt die Jugendhilfe auch im schulischen Bereich eine wichtige Rolle (vgl. 10.4).

## **9 Vorschulische Bildung**

Alle Eltern, nicht nur berufstätige, wünschen sich im Hinblick auf die Tagesbetreuung ihrer Kinder einen qualitativ hohen Standard. Ein optimaler Betreuungsschlüssel und qualifizierte pädagogische Mitarbeiter in gut ausgestatteten Kindertagesstätten sind notwendige Voraussetzungen, Kinder ganzheitlich zu fördern und den Übergang von der Kita in die Grundschule zu ebnen. Seit den Ergebnissen der PISA-Studien ist die frühkindliche Bildung als ein zentrales Thema der Elementarpädagogik in den Fokus der Erziehungswissenschaft gerückt. Sprachliche Bildung gilt als Schlüsselkompetenz für den allgemeinen Bildungszugang. Weil der „grüne Bildungsbegriff“ weit über das schulische, oft leistungsorientierte Bildungsgeschehen hinausreicht, beinhaltet frühe Bildung für uns das gesamte Spektrum der geistigen, seelischen, sozialen und kulturellen Persönlichkeitsentwicklung und stellt somit wichtige Ressourcen für einen lebenslangen Lernprozess bereit, der wiederum die Grundlage für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben in unserer Gesellschaft bildet. Das Land überlässt vorschulische Bildungsarbeit hauptsächlich Frauen, die in gering bezahlten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wir fordern das Land auf, Bildungsarbeit adäquat zu bezahlen. Zur vorschulischen Bildungsarbeit gehört auch die fachlich qualifizierte Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder nach dem SGB XII.

### **9.1 Zur Tagesbetreuung von Kindern**

Tagesbetreuung von Kindern ist nicht nur Teil der kindlichen Bildung, sondern ein wesentlicher Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei ist eine sehr gute Qualität der Betreuung aber unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Eltern „ruhigen Gewissens“ dieses Angebot wahrnehmen können. Gleichzeitig hat Kindertagesbetreuung weitergehende familienentlastende Funktion und dient der Förderung der Kinder. Um diese Anforderungen erfüllen zu können, fordern wir:

- Die Öffnungszeiten müssen bedarfsgerecht angepasst werden.
- Elternbeiträge sind nach dem Prinzip „gleicher Preis für gleiche Leistung“ zu regeln; das heißt, ein Kindergartenplatz soll unabhängig vom Träger gleichviel kosten.
- Die Erzieherinnen und Erzieher müssen in die Lage versetzt werden, ausreichend Fortbildungen besuchen zu können.
- Behinderte Kinder müssen im Sinne der Inklusion in die von ihren Eltern gewünschte wohnortnahe Kita aufgenommen werden.

Außerdem sollten die Konzepte aller Einrichtungen öffentlich einsehbar sein. Finanziell sollten die Träger in die Lage versetzt werden, den „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Niedersachsen“ umzusetzen.

## **9.2 Krippen und Kindergärten**

Das von der Stadt Oldenburg 2008 verabschiedete Konzept zum weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung sieht vor, dass bis zum Beginn des Kindertagesstättenjahres 2013/14 für 30% der unter Dreijährigen ein Krippenplatz geschaffen werden soll. Hierfür wurden bisher jährlich acht neue Krippengruppen beschlossen. Wir Grünen sind davon überzeugt, dass in Oldenburg der Bedarf höher als 30% sein wird. Wir fordern deshalb, mehr Plätze zu schaffen, als bisher geplant sind, und für eine schnellere Umsetzung der geplanten neuen Krippengruppen zu sorgen, z.B. durch Anmietung von geeigneten Räumen.

Zur Sicherung der guten Qualität der Krippenarbeit muss die dritte sozialpädagogische Fachkraft pro Gruppe erhalten bleiben. Die abnehmende Zahl der Anmeldungen zum Kindergarten soll zum Umbau von Kindergartengruppen in Krippengruppen führen. Dieses Konzept wird auch von uns vertreten. Mittelfristig sollte aber eine Reduzierung der Gruppengröße auf 20 Kinder angestrebt werden.

## **10 Schule**

Schule ist nicht nur Ländersache! Für Bündnis 90/Die Grünen hat kommunale Schulpolitik einen hohen Stellenwert. Dabei verstehen wir Schule nicht nur als einen Ort des Lernens, sondern als einen umfassenden Lebens- und Entwicklungsraum, der verlässliche und tragfähige soziale Beziehungen ermöglicht und die Gesundheit unserer Kinder fördert. Kinder brauchen für eine gesunde körperliche, seelische und geistige Entwicklung eine anregende Umwelt mit einer rhythmisierten Zeitordnung, sowie menschlich kompetente Bezugspersonen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Oldenburg in den Bereichen ihrer Zuständigkeit (Schulverwaltung, Ausstattung von Gebäuden, Vernetzung von Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfe) die Voraussetzungen für eine gute Schule schafft.

### **10.1 Lösungen für eine Schule für alle vor Ort**

Wir Bündnisgrüne wollen eine Schule, die allen Kindern zugänglich ist und jedes Kind – unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft – in heterogenen Lerngruppen optimal individuell fördert. Schulen mit integrativer Orientierung sind das beste Mittel, um eine Gesellschaft zu schaffen, die alle willkommen heißt, und um Diskriminierung zu bekämpfen. Der Umgang miteinander fördert das Bewusstsein und die Wertschätzung von Individualität und Vielfalt sowie die soziale Kompetenz der Kinder – Eigenschaften, die Kinder nicht zuletzt im späteren Alltag und Arbeitsleben benötigen. Das heutige getrennte Schulsystem wirkt sich nachteilig auf Schülerinnen und Schüler aus.

Der Zusammenhang zwischen dem Sozialstatus der Eltern und den Bildungschancen der Kinder ist in keinem anderen OECD-Staat so ausgeprägt wie in Deutschland. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen die positiven Auswirkungen eines gemeinsamen Unterrichts auf die Entwicklung aller Schülerinnen und Schülern.

Wir Grünen wollen daher die Aufteilung in Gymnasium, Real-, Haupt- und Förderschule in der Sekundarstufe I überwinden. Wir wollen Bestrebungen in Richtung Inklusion und verpflichtendes Ganztagsangebot in Oldenburger Schulen unterstützen. Auf Landesebene lehnen wir die neue Oberschule der schwarz-gelben Landesregierung ab, weil damit ein Zweiklassen-Schulsystem gefestigt und neue Integrierte Gesamtschulen (IGS) verhindert werden. Wir Grünen streben eine möglichst lange, gemeinsame Schulzeit an. Grundsätzlich fordern wir eine neunjährige gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler.

Solange es keinen Konsens für eine flächendeckende gemeinsame Schule für alle Kinder gibt, werden wir in Oldenburg entsprechend dem Wunsch vieler Eltern die Entwicklung Integrierter Gesamtschulen unterstützen. IGSen halten die Bildungslaufbahn lange offen und ermöglichen vielen Schülerinnen und Schülern bestmögliche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Der Einrichtung von Oberschulen ohne gymnasiales Angebot wollen wir nicht im Wege stehen. Diese gewährleisten eine gemeinsame Beschulung für Schü-

lerinnen und Schüler bis Klasse 8 und werden von vielen Kooperativen Haupt- und Realschulen gewünscht. Der Stadtverband hat sich bei dieser Ratsentscheidung daher enthalten.

Die Schulform IGS kommt zwar unseren schulpolitischen Vorstellungen am nächsten, entspricht ihnen allerdings nicht in vollem Umfang. Wir Grünen wollen in Oldenburg einen Schritt weiter gehen. Eine Reform des Schulsystems, die darauf abzielt, dass alle Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 an gemeinsam lernen, liegt zwar zur Zeit außerhalb der Handlungsmöglichkeiten einer Kommune, aber es besteht die Möglichkeit, dass in Oldenburg ein entsprechender Schulversuch unternommen wird. Ein Konzept für eine solche Modellschule soll in Zusammenarbeit der Stadt, der Universität, Schulen und Interessierten in Oldenburg erarbeitet und umgesetzt werden.

## **10.2 Mehr Ganztagsschulen**

Ganztagsschulen stellen eine Schulform dar, die im Zuge der Diskussion um Chancengerechtigkeit in ihrer Verbreitung zunimmt. Ganztagsschulen verschränken Freizeit und Unterrichtszeit. Sie ermöglichen verlässliche Betreuungszeiten für Kinder, das Angebot eines gesunden Mittagessens, eine professionelle Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote für Schülerinnen und Schüler verschiedener Leistungsstufen sowie soziale Förderung. Langfristig fordern wir die Ganztagsschule, weil sie besonders geeignet für die Förderung der Kinder und Jugendlichen ist.

Die Ausweitung des Ganztagsangebots ist ein richtiger Schritt von der Betreuungsschule zu einem differenzierten und umfassenden Lernangebot. Auf Landesebene ist das Sparmodell der niedersächsischen Landesregierung nicht ausreichend. Die Kommunen müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um ein flächendeckendes und für alle erreichbares Angebot anbieten zu können.

Wir setzen uns ein für:

- Die Einrichtung weiterer Ganztagsschulen, damit alle Schülerinnen und Schüler, die es wünschen, ein Angebot in erreichbarer Nähe nutzen können.
- Die Ausstattung der Ganztagsschulen mit adäquatem Lehr- und Lernmaterial und Freizeitangeboten.
- Mehr Lehrerarbeitsplätze an Schulen, die Lehrpersonen eine längere Präsenz an ihrem Arbeitsplatz ermöglichen.
- Die Unterstützung von Elterninitiativen bei der ehrenamtlichen Mithilfe.
- Die Beteiligung der Kommune an Betrieb und Unterhalt von Mensen und Versorgungseinrichtungen, falls das Land seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommt.
- Solange keine gebundenen, das heißt verpflichtenden, Ganztagsschulen durch das Land eingeführt werden, für den Erhalt und Ausbau der Horte und sonstiger Betreuungsmöglichkeiten mit reduzierten Betreuungszeiten (betreuter Mittagstisch, Hausaufgabenhilfe, Ferienbetreuung) und deren finanzielle Förderung durch die Stadt Oldenburg.
- Den Erhalt der pädagogisch qualifizierten Arbeit in den Horten der Stadt Oldenburg.

Auch im Primarbereich ist die Ganztagsschule eine Option, wie nicht zuletzt die niedersächsischen Grünen mit ihrem Konzept der neunjährigen Basisschule verdeutlichen. Daher fordern wir Ganztags-Grundschulen für ganz Oldenburg.

Damit bereits Mädchen und Jungen frühzeitig an die Zukunftsberufe in der Altenbetreuung und Pflege herangeführt werden, sollen verstärkt Projekte in allen Schultypen durchgeführt werden. Die Planung und Durchführung könnte/sollte das Jobcenter und/oder die Stadt zusammen mit Verbänden oder freien Organisationen der Altenarbeit übernehmen. So wird der demografischen Entwicklung Rechnung getragen (vgl. 13.4).

## **10.3 Inklusion**

Das deutsche Schulsystem trennt Schülerinnen und Schüler nicht nur scheinbar nach Leistung, sondern betreibt auch die Aussonderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf. Die „Förder-

schule“ ist immer noch die Regel. In Niedersachsen besuchen nur 4,7% dieser Schülerinnen und Schüler eine integrative Schulform. Damit ist Niedersachsen bundesweit Schlusslicht.

Das ist nicht nur ungerecht und ausgrenzend, sondern widerspricht auch der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die von der Bundesrepublik ratifiziert wurde und seit 2009 verbindliches Recht ist. Kinder mit Behinderungen haben demnach ein Recht auf gleichberechtigten Zugang zum Unterricht an allgemeinen Schulen.

Wir fordern daher die schrittweise Aufhebung der Trennung zwischen den Schulformen des allgemeinen Schulsystems und des Förderschulsystems. Schulentwicklungs-, Jugendhilfe- und Sozialplanung sind zusammenzuführen (vgl. 10.4).

Für einen erfolgreichen gemeinsamen Unterricht müssen in den allgemeinen Schulen die erforderlichen Bedingungen geschaffen werden. Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen durch vorbereitende und unterrichtsbegleitende Fortbildungen für die Arbeit in heterogenen Klassen qualifiziert werden; gegebenenfalls muss die Kommune für die Fortbildungen der Lehrpersonen aufkommen. Die personellen Ressourcen für sonderpädagogische Förderung müssen schrittweise mit den Schülerinnen und Schülern an die allgemeinen Schulen überführt werden.

Die Schulen müssen auch baulich dafür ausgestattet werden, dass ein gemeinsamer Unterricht gelingen kann. Die Kosten der Kommunen für die Ausstattung der allgemeinen Schulen werden dadurch langfristig kompensiert, dass Kosten, etwa für den Betrieb der Förderschulen, eingespart werden.

## **10.4 Integration von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung**

Auf dem Weg zu einer Schule für alle muss die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und die Begleitung ihrer Eltern durch eine intensive Kooperation von allgemeinen Schulen mit den kommunalen Unterstützungsangeboten institutionalisiert werden. Wir begrüßen daher den Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft mit einer integrierten Bildungs-, Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, die organisatorische Zusammenfassung der Verantwortung für die Bereiche Schule und Jugendhilfe und die damit verbundene Neuorganisation des Amtes für Jugend, Familie und Schule der Stadt Oldenburg.

Lernstörungen, Verhaltensauffälligkeiten oder Schulverweigerung müssen als Signal für Schwierigkeiten angesehen werden, die einer fachlich qualifizierten Hilfe bedürfen.

Wir setzen uns daher ein für Schulsozialarbeit und pädagogisch-psychologische Unterstützungsteams in allen Schulen, die schnell und qualifiziert auf die Anliegen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern reagieren und notwendige Maßnahmen koordinieren und umsetzen können. (für den familienpolitischen Aspekt der Jugendhilfe vgl. 8.3).

Schulbegleitende Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Kinder mit besonderem Förder- und Unterstützungsbedarf sehen wir als kommunale Aufgabe der Jugendhilfe an und werden uns dafür einsetzen, dass Anträge zeitnah bearbeitet und zum Wohle der Kinder entschieden werden.

Zeitgemäßer Unterricht beinhaltet in unseren Augen die Öffnung der Schule nach außen. Wir befürworten Kooperationsprojekte Oldenburger Schulen mit der Universität und mit Vereinen, Initiativen, sozialen Einrichtungen und der Wirtschaft. Diese Kooperationen sollen aber nicht die personellen Mängel an neu eingerichteten Ganztagschulen kompensieren.

Für eine erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft ist der Erwerb einer guten Schulbildung elementar. In Niedersachsen verlassen mehr als 8% eines Jahrgangs die Schule ohne einen Abschluss. Leider „verabschieden“ sich auch in Oldenburg viel zu viele Schülerinnen und Schüler aus den unterschiedlichsten Gründen vom schulischen Unterricht, vermeiden aktiv oder passiv eine regelmäßige Teilnahme und gehen im Bildungssystem „verloren“. Die Erkenntnis über wachsende Zahlen im Bereich Schulabsentismus und deren Folge in Form von nicht selten dauerhafter Ausgrenzung aus beruflicher Bildung, Erwerbstätigkeit und kulturellem Leben ist auch in Oldenburg bekannt. Die Diskussion um erweiterte und vor allem abgestimmte Hilfesysteme erfolgte in den Facheinrichtungen und Institutionen, mit Expertinnen und Experten. Das gesamt-



städtische Handlungskonzept gegen Schulabsentismus wurde im Januar 2010 verabschiedet und seit 01.01.2011 gibt es die Fachberatung Schulabsentismus.

Die Eingliederung dieser Maßnahme in das Team „Übergangsmanagement“ ist begrüßenswert. Das Übergangsmanagement soll Licht in den Dschungel der Begleitung und Förderung von Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsene bringen und die Versorgungslücke zwischen Schule und Jugendhilfe schließen. Wir erwarten eine effizientere Arbeit dieser Unterstützungs- und Beratungsarbeit im Sinne derer, die unterstützt werden sollen. Kein Kind sollte in den allgemein bildenden Schulen verloren gehen, sondern rechtzeitig eine individuelle Unterstützung bekommen.

## **11 Lebenslanges Lernen**

Lebenslanges Lernen findet in allen Lebensbereichen statt: am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Freizeit oder bei ehrenamtlichem Engagement. Lebenslanges Lernen beinhaltet also institutionelles Lernen, informelle Lernprozesse und nicht institutionelle Lernsituationen.

Für den Bereich des beruflichen Lernens stehen eine Vielzahl von Kursen und Weiterbildungen zur Verfügung. Hierfür bestehen vielfältige Förderungen, wie die Individuelle Weiterbildung in Niedersachsen, die Bildungsprämie oder das „Meister-BAföG“. Die Möglichkeiten sind so vielfältig, dass es schwer fällt, alle Förderangebote selbst zu erkunden. Die Grünen treten für die Etablierung einer Koordination der Förderangebote für Bildungswillige auf kommunaler Ebene ein, ähnlich wie die Bildungsberatungsstelle der VHS Oldenburg Jugendliche bei der Berufsfindung berät. Dies schließt die Weiterentwicklung der von der Bundesregierung geschaffenen Bildungsprämie in Höhe von 500 € für Bildungswillige ein. Die Grünen fordern eine stärkere Präsenz und zentrale Vorstellung der oldenburgischen Bildungslandschaft. Dies kann über die Einbindung der Bildungsträger in das Internetangebot der Stadt Oldenburg geschehen.

Menschen lernen, wenn sie miteinander gemeinsam arbeiten, Sport treiben, singen oder einen Ausflug organisieren. Diese Lernprozesse ermöglichen nicht nur mehr soziales Miteinander, sondern können auch dokumentiert werden. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Dokumentation informellen Lernens in Oldenburg gestärkt wird.

## **12 Sport**

Sport tut gut. Neben dem Wohlbefinden und der Gesundheit fördert er darüber hinaus den Gemeinschaftsinn und übernimmt damit auch eine bedeutende sozialpolitische Funktion. Sportvereine, Schulsport, freie Sportgruppen und Hochschulsportgruppen nehmen von daher eine wichtige Rolle in der Gesellschaft ein. Wir sehen die Unterstützung des Sports als wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik.

### **12.1 Mehr Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche**

Gerade die Jugend muss gefördert werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass sie zunehmend unспортlich und damit weniger belastbar und anfälliger für Erkrankungen ist. Ein steigender Fernseh- und PC-Konsum und der daraus resultierender Bewegungsmangel sowie eine unausgewogene Ernährung spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Von daher ist es äußerst wichtig, diesem alarmierenden Trend entgegenzuwirken. Für Kinder muss viel Bewegung wieder zu etwas Selbstverständlichem werden.

Zentral ist hierbei, vor dem Hintergrund der zunehmenden Ganztagsbeschulung, dass die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen weiterhin unterstützt und intensiviert wird. Das Projekt „Mädchen kicken mit“ hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein zu einer „win-win-Situation für beide Partner führen kann. Durch derartige Projekte können mehr sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche regelmäßig Sport treiben und an den organisierten Sport herangeführt werden.

## **12.2 Benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützen**

Die Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in regelmäßige Spiel-, Sport- und Bewegungsformen bleibt eine herausragende Aufgabe für das Gemeinwesen. Für Bündnis 90/ Die Grünen ist die Übernahme der Vereinsbeiträge für diese betroffenen Kinder ein erster und wichtiger Schritt.

## **12.3 Sportstättenentwicklung in Oldenburg**

Für die Sportstättenentwicklung ist es sinnvoll, die Sportvereine mit vereinseigenen Anlagen stärker als bisher unterstützen. Darüber hinaus wird es in der kommenden Ratsperiode von besonderer Bedeutung sein, die bestehenden Sportstätten in der Kaserne Donnerschwee und auf dem Fliegerhorst zu erschließen.

Eine Überprüfung der Nutzung der vergebenen kommunalen Hallenzeiten wird angeregt.

In Oldenburg erfreuen sich die Rollsportarten großer Beliebtheit. Das wird jedes Jahr bei den in Oldenburg veranstalteten Inliner-Nächten deutlich. Jugendliche Skater, Skateboarder oder BMX-Fahrer fordern seit langem eine eigene Halle, in der sie ihren Sportarten nachkommen und auch Meisterschaften veranstalten können. Die bestehenden Einrichtungen am Bahnhof und in der Donnerschwee-Kaserne sind eher provisorisch und genügen nicht den Anforderungen der meist jugendlichen Sportler. Daher setzen wir Grünen uns dafür ein, dass eine entsprechende Sportstätte in Oldenburg geschaffen wird.

Speziell für Kinder und Jugendliche halten wir es für dringend erforderlich die Plätze in der Innenstadt so herzurichten, dass man dort mit Skate- oder Waveboards fahren kann. Dazu gehören Anlagen, um nahezu optimale Übungsbedingungen vorzufinden. Auf diese Weise schaffen wir nicht nur Platz für Kinder und Jugendliche in ihrer Stadt, sondern tragen mit dazu bei, dass die Plätze belebt werden und Kinder und Jugendliche sich zum Sport in die Stadt verabreden, statt abgeschieden irgendwo anders, wo niemand öffentlich ihr Können und ihre Begeisterung wahrnimmt, abzuhängen.

## **12.4 Platz für Bewegung**

Alle Menschen sollen in unserer Kommune Raum und Gelegenheit zum Spiel, Sport und zur Bewegung finden. Ziel einer grünen Sportpolitik ist es, dieses Anliegen mit ökologischen Kriterien mit dem Erhalt und der Wiederherstellung natürlicher Lebensräume in Einklang zu bringen. In Oldenburg gibt es kaum noch naturnahe Flächen, auf denen ausgelassen gespielt werden kann. Die altbewährten Bolzplätze sind aus dem Stadtbild so gut wie verschwunden. Wir Bündnisgrüne fordern, dass diese Entwicklung rückgängig gemacht wird. Wir sprechen uns für die Umgestaltung oder Schaffung von geeigneten Grünflächen als Spiel- und Bewegungsplätze aus und begrüßen es Parkplätze, Schulhöfe und Straßen für Freizeitaktive zu öffnen.

In allen Stadtteilen müssen die Menschen naturnahe Erholungs- und Sportflächen nutzen können. Ein positives Beispiel ist der Osternburger Utkiek. Diese Fläche einer ehemaligen Mülldeponie bietet insbesondere den Lauf-Begeisterten neuen Raum. Wir Grünen wollen bei der zukünftigen Stadtentwicklung prüfen, inwieweit ehemals gewerblich genutzte oder sonstige brachliegende Flächen als Erholungsraum für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann.

## **12.5 Künftiges Bäderkonzept**

Mit Sorge betrachten Bündnis 90/ Die Grünen die steigende Anzahl an Nichtschwimmern innerhalb der Bevölkerung und treten deshalb für einen Erhalt der dezentralen Hallenbäder in Eversten, Nadorst (Bischof Stählin, wird vom Olantis betrieben) und Kreyenbrück ein. Es muss vor allem Aufgabe von Spiel, Sport und Bewegung in den KiTas und Grundschulen sein, für eine Sicherung der Schwimmfähigkeit zu sorgen.

## **12.6 Bedeutung und Förderung des Spitzensports**

Spitzen- und Leistungssport sind unbestritten ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. In Oldenburg haben sich die EWE Baskets und die VfL - Handballerinnen zu überregionalen Aushängeschildern der Stadt entwickelt. Das begrüßen Bündnis 90/ Die Grünen. Denn Erfolge prominenter Sportler und Sportlerinnen begeis-

tern vor allem auch Kinder und Jugendliche und motivieren, selbst Sport zu treiben. Eine kommunale Förderung sollte aber primär das Ziel der Förderung des Freizeit- und Breitensports haben.

## **13 Arbeit und Soziales**

### **13.1 Gegen Arbeitslosigkeit und Stigmatisierung**

Für viele Menschen bilden Arbeit und Beruf nach wie vor einen überaus wichtigen Lebensbereich, der neben ökonomischer Absicherung häufig auch individuelle sinnstiftende Funktionen erfüllt. Die „gute“, altbekannte Arbeitswelt verändert sich dabei nicht erst seit gestern dramatisch. Die Realität des von echten Werten größtenteils bereits entkoppelten Kapitalismus ist in der Lebenswirklichkeit angekommen und stellt den Einzelnen vor immer neue Herausforderungen, persönliche Sicherheit und Selbstbestimmtheit fehlt zunehmend. Daraus folgen Stress und Unsicherheit – vermehrt auch in bislang sicheren Mittelschichten.

Jeder Mensch muss mit dieser neuen Arbeitsrealität individuell zurechtkommen und Strategien des Umgangs damit entwickeln. Letztlich ist es aber eine kollektive Erfahrung von Alterskohorten, nicht nur in der Arbeit selbst zu agieren, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt als Maklerin und Makler seiner eigenen Arbeitskraft und Fähigkeiten aufzutreten. Die so genannte „Generation Praktikum“ kann ein Lied davon singen. Dieser Arbeitsmarkt mutet den Menschen immer mehr Stellen zu, die befristet oder unsicher sind. Typisch ist der projektgebundene Arbeitsplatz – mehr und mehr auch im öffentlichen Sektor. Hinzu kommt, dass aufgrund von Teilzeittätigkeit oder schlechter Bezahlung der Trend zum Zweit- oder Drittjob ungebrochen ist. Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb, dass endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, um Abhilfe zu schaffen. Daneben muss generell mehr Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und Arbeit hergestellt werden, um soziale Ausgrenzung nicht zu verstetigen und zu vererben (vgl. 10).

### **13.2 Für eine effizientere Arbeit der ARGE/Jobcenter**

Eine Kommune darf den Veränderungen in der Arbeitswelt nicht tatenlos zusehen, sondern muss allen die Möglichkeit geben, an unserer Gesellschaft – auch an ihrem kulturellen Reichtum – teilzuhaben. Dies betrifft auch die individuelle Betreuung durch das Jobcenter. Hier muss das Prinzip „Fördern“ nach wie vor größer geschrieben werden. Qualifizierungsmaßnahmen müssen wesentlich passgenauer ansetzen und die spezielle Situation der „Kundinnen“ und „Kunden“ viel stärker berücksichtigen. Auf das „Expertentum in eigener Sache“, welches viele Arbeitssuchende zweifelsfrei besitzen, kann und darf bei der Vermittlung in Maßnahmen nicht verzichtet werden. Wenn die Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich sein soll, ist es unerlässlich, dass Qualifizierungsangebote sich auf einem durchgängig hohen Niveau befinden. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für die Weiterbildungsmaßnahmen externer Träger, sondern auch für die Beratung im Jobcenter selbst. Dabei muss die Qualität der Weiterbildung geprüft werden.

Wir fordern darüber hinaus, dass die Arbeitsbedingungen im Jobcenter durch eine Aufstockung der Personaldecke, praxisbezogene Schulungen und langfristige Perspektiven für die Beschäftigten verbessert werden. Nur dadurch kann auch der gesetzlich vorgesehene Betreuungsschlüssel eingehalten werden. Die neue Trägerversammlung des Jobcenters, in der auf unsere Initiative hin der Einfluss der Politik verstärkt wurde, hat hierfür Sorge zu tragen. Die Sozialdezernentin möchten wir in die Arbeit der Trägerversammlung einbinden.

Im Jobcenter soll weiterhin eine Stelle geschaffen werden, die sich ausschließlich mit unverständlichen oder strittigen Bescheiden auseinandersetzt („Bescheiderklärerin“/„Bescheiderklärer“). Hierdurch können im Vorfeld all jene Konflikte reduziert werden, die allein aufgrund von Missverständnissen entstehen, die aber keiner grundsätzlichen, juristischen Klärung bedürfen.

### **13.3 Was die Stadt noch tun kann**

Die Auswirkungen von wachsender Armut oder auch Überschuldung gehen an den von ihnen betroffenen Menschen nicht spurlos vorbei. Dies kann von Gefühlen wie Hilf- und Perspektivlosigkeit, Überforderung bis hin zu vollkommener Handlungsunfähigkeit führen. Um den daraus resultierenden Problemen wirksam be-

gegenen zu können, müssen entsprechende Beratungsangebote dringend auch in den Stadtteilen unkompliziert zu erreichen sein. Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass über die vier Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit (Kreyenbrück, Rennplatz, Dietrichsfeld und Bloherfelde) eine juristisch qualifizierte Arbeitslosen-, Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung angeboten wird. Hierzu soll eine entsprechende Projektausschreibung der Stadt Oldenburg vorgenommen werden.

Wir stehen zu einer unabhängigen Beratung der Arbeitslosen - wie durch die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg ALSO, für deren ausreichende finanzielle Ausstattung wir uns in jeder Haushaltsberatung eingesetzt haben. In Zeiten überlasteter Gerichte und unklarer verfassungsrechtlicher Situationen im Sozialgesetzbuch (SGB) hat sie sich als wichtige notwendige Einrichtung erwiesen. Da Bündnis 90/Die Grünen auch nach der Neugestaltung der Hartz-IV-Regelungen davon ausgehen müssen, dass das Resultat nicht verfassungskonform ist, wird auf solche Beratungsleistungen auch zukünftig nicht verzichtet werden können. Wir wollen diese Beratung auch auf die Stadtteile ausweiten und offen ausschreiben.

Dasselbe gilt für die Oldenburger Tafel. Im Grunde ist es ein Armutszeugnis für unsere reiche (Stadt-)Gesellschaft, dass diese ehrenamtliche Arbeit überhaupt nötig ist, aber eine Regelsatzerhöhung von 5 bzw. 8 € wird an dieser traurigen Situation wenig bis nichts ändern. Wir wollen, dass die Kommune die Tafel in ihrem Bemühen unterstützt, bedürftige Menschen mit kostenlosen Lebensmitteln zu versorgen.

Ein großer Erfolg ist der Oldenburg-Pass (vgl. 7.2). Diesen wollen wir weiter fördern. Um der auch an ärmere Mitbürgerinnen und Mitbürger gestellten Aufforderung zu ständiger Mobilität zu entsprechen, wollen wir den Ausbau der Ermäßigung bei VWG-Tickets vorantreiben.

Nicht zuletzt ist die Stadt Oldenburg selbst aufgefordert, in ihrem Wirkungskreis als Arbeitgeber positiv auf die kommunale Beschäftigungssituation Einfluss zu nehmen. Die jüngsten Ausbildungsprogramme und die Auftritte auf regionalen Jobmessen sind dabei sehr zu begrüßen. Auch konnten die Quoten für Schwerbehinderte bei den städtischen Stellen übererfüllt werden. Diese guten Entwicklungen werden wir weiterhin aufmerksam verfolgen.

## **13.4 Herausforderung Demographie und Alter**

In den Verhandlungen für das Haushaltsjahr 2011 konnte sich die grüne Ratsfraktion mit Ihrer Forderung zur Einstellung von Mitteln durchsetzen, die für die Einrichtung einer „Stabsstelle Demographie“ vorgesehen sind.

Diese unserer und auch der Meinung von Fachleuten nach dringend benötigte Stelle steht am Anfang eines mehrstufigen Konzeptes, welches sich aller mit dem Thema „Demographie“ verbundenen Aspekte annimmt. Die Stabsstelle entwickelt ein zukunftsfestes Konzept für senioren- und generationengerechtes Leben in Oldenburg, stimmt sich mit entsprechenden politischen Gremien ab und vernetzt die Dienstleister senioren-spezifischer Angebote. Sie baut stadtteilbezogene Versorgungsstrukturen aus und koordiniert zentral alle altersspezifischen Fragestellungen. Es handelt sich hierbei um eine ämterübergreifende Querschnittsaufgabe, die sich auf sämtliche Bereiche des täglichen Lebens bezieht; dazu gehören unter anderem Kultur, Sport, haushaltsnahe Dienstleistungen, Mobilität, Pflege, Begegnung von Jung und Alt, Raum- und Stadtplanung und andere Aspekte.

In einer (anfangs vom Land Niedersachsen geförderten) Beratungsstelle wird das von der Stabsstelle gesammelte und koordinierte Wissen niederschwellig und neutral an Betroffene und ihre Angehörigen vermittelt. Schwerpunkte hierbei sind die Bereiche „Praktische Unterstützung in allen Fragen des täglichen Lebens“, „Demenz“ und „Senioren mit Migrationshintergrund“. Diese Beratungstätigkeit ist unverzichtbarer Bestandteil des Konzeptes, daher wird sich Bündnis 90/Die Grünen nach Ablauf der Förderung für einen festen Etat dafür im Haushaltsplan stark machen. Die dritte Stufe des Konzeptes sieht eine Vernetzung mit ehrenamtlichen Einrichtungen und Vereinen und den weiteren Ausbau von stadtteilbezogenen Beratungsstellen vor. Der demographische Wandel macht auch vor Oldenburg nicht halt; die Stadt hat schon heute, trotz der vielen jungen Studenten, den Status einer Hochbetagtenstadt und ca. 2.000 Fälle von Demenz/beginnender Demenz. Kommunen wie die niederländische Stadt Groningen sind uns schon weit voraus, dort z.B. werden schon 18 Beratungsstellen vorgehalten.

Beispiele aus deutschen Städten zeigen, dass sich durch diese Maßnahmen der Beginn der Pflegebedürftigkeit signifikant hinauszögern lässt und ein selbstbestimmtes Leben länger ermöglicht wird. Die Grünen nehmen sich dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stärker und zielgerichteter an als jede andere Partei in Oldenburg und fördern damit ein gutes, aktives und von gegenseitigem Verständnis und Respekt geprägtes Miteinander der Generationen.

Der Ausbau der „Offenen Altenarbeit“ in den Stadtteilen muss weiter forciert und verstetigt werden in Form von offenen, konsumfreien Begegnungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, die Stadtteilzentren. Dazu gehören auch die Planung und Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur Bewegung und Begegnung mit anderen Menschen, auch mit Jüngeren. Dass die gezielte Förderung und Unterstützung von Begegnungs- und Bewegungsplätzen von älteren Menschen gerne angenommen werden und eine sinnvolle Strategie gegen die zunehmende Isolierung von alleinstehenden Alten ist, zeigen viele Beispiele in anderen Kommunen.

Zur Erhöhung der Lebensqualität im Alter im gewohnten Stadtteil ist auch der zügige Aus- und Umbau von seniorengerechten, barrierefreien Wohnungen notwendig, die zu erschwinglichen Mieten oder Preisen käuflich zu erwerben sind. Auch sollen Wohnmodelle Vorrang bei Bebauungsplänen haben, die gezielt die Interessen und Bedürfnissen von Älteren haben, wie z.B. gute infrastrukturelle Lage im Stadtteil, Grünanlagen u.ä. Als Bauherren sehen wir da auch die GSG in der Verantwortung.

Der bundesweite Trend zeigt auf, dass Alte und Kranke nicht in Altersheimen den dritten oder vierten Lebensabschnitt verbringen wollen. Wir wollen daher mehr Wohngemeinschaften fördern, die ambulant versorgt werden können. In den Wohngemeinschaften ist das eigene Zimmer für jeden Bewohner ein notwendiger Bestandteil, der mit der Hilfe zur Pflege (§ 12 Sozialgesetzbuch) nun in unserer Stadt für die Betroffenen finanziert werden soll. Wenn Alte dennoch in ein Alters- oder Pflegeheim gehen, sollten dort auch kleinere Wohneinheiten von 12-15 Personen eingerichtet werden, die von einem qualifizierten Pflegepersonal personell stetig versorgt werden. Mehrgenerationenhäuser begrüßen wir; es hat sich gezeigt, dass sie funktionieren, sinnvoll und auch finanzierbar sind; dort wo es nötig ist, lohnt sich auch eine kommunale Investition.

## **13.5 Wohnen**

Oldenburg braucht dringend ein Wohnungsbau-Programm. Als eine der ganz wenigen wachsenden Großstädte in Niedersachsen und Deutschland müssen wir hier Lösungen finden, wenn die Mieten und Grundstückspreise nicht weiter explodieren, und ein scharfer Verdrängungswettbewerb „nach unten“ stattfinden soll. Die GSG konnte laut eigener Angabe in der Vergangenheit 5.000 Anfragen nach Wohnungen nicht entsprechen. Der Anteil freien Wohnraums in Oldenburg beträgt gerade einmal 0,2%.

So darf es nicht weitergehen. Die Lösung ist nicht in einer weiteren Schaffung von hochpreisigen Wohnungen und Prestigequartieren zu suchen. Die GSG hat dies ebenfalls erkannt. Wir unterstützen sie in ihrer Bemühung, mehr bezahlbaren Wohnraum vor allem für Studierende, Alleinerziehende, Alleinstehende, ältere Menschen und junge Familien zu schaffen und anzubieten. Um auch städtischerseits ein notwendiges, koordiniertes Wohnungsbau-Programm voranzubringen, haben wir bereits 250.000 € in den Haushalt 2011 einstellen können. Dies ist nur als erster Anstoß zu verstehen, der gegebenenfalls ausgebaut werden muss.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass der derzeit von den Sozialbehörden übernommene maximale m<sup>2</sup>-Preis in Oldenburg derzeit 6,59 €/m<sup>2</sup> beträgt. Der durchschnittliche m<sup>2</sup>-Preis auf dem Wohnungsmarkt beträgt in Oldenburg allerdings zurzeit 7,50 €/m<sup>2</sup>. Hier muss dringend eine Anpassung stattfinden, damit die Verdrängung in den „unteren Segmenten“ nicht noch weiter verschärft wird. Das Wohnen für ökonomisch schlechter gestellte Bürgerinnen und Bürger darf in Oldenburg nicht unmöglich werden; Zwangsumzüge müssen in dieser Situation unbedingt verhindert werden. Allerdings muss hier auch die finanzielle Lage der Kommunen insgesamt betrachtet werden. Der Rückzug der schwarz-gelben Bundesregierung aus der Mischfinanzierung der Kosten für Unterkunft und Heizung ist hierbei ein Skandal. Dieser faktischen Aushöhlung der kommunalen Handlungsfähigkeit – nicht nur in diesem Bereich – treten Bündnis 90/Die Grünen auf allen politischen Ebenen entschieden entgegen.

Menschen ohne festen Wohnsitz wollen wir umfassend helfen und gute Anlaufstellen bereithalten. Wohnungslose Jugendliche fordern hierbei unsere besondere Aufmerksamkeit. Als Jugendliche werden sie höchstens bis zum 21. Lebensjahr behandelt und betreut, im Sozialgesetzbuch finden sie aber erst ab dem 25. Lebensjahr statt. Folge ist, dass eine Betreuungslücke entsteht. In Oldenburg existieren Gruppen, die an dieser Stelle unterstützend eingreifen und ein gemeinsames Wohnen unter sozialpädagogischer Begleitung ermöglichen. Dieses wichtige Engagement muss gefördert werden.

Ein regelmäßiger Kontakt zwischen Eltern/Sorgeberechtigten und Programmleitung ist gefragt, da nach Ansicht der Verantwortlichen angestrebte Ziele nur gemeinsam erreicht werden können.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen fordern wegen dieser aus sozialpolitischer Sicht nicht unerheblichen Leistung die weitere Durchführung und Förderung dieses Programms. Weitere Anlaufstellen wären aus unserer Sicht wünschenswert.

## **13.6 Inklusion geht alle an**

Für uns Grüne ist die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens und Alltags für alle ein zentrales politisches Anliegen. Deshalb ist und bleibt es unser Ziel, in Oldenburg Menschen mit behindernden Beeinträchtigungen – gleich, ob körperlicher, geistiger oder seelischer Art – eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu garantieren. Deutschland hat 2009 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet. Die darin verankerte Inklusion stellt eine neue Qualität dar. Behinderungen entstehen aus einer Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren. Es reicht daher nicht aus, benachteiligte Menschen in die bestehende Gesellschaft so gut wie möglich zu integrieren, sondern die Gesellschaft hat die Verpflichtung, gerechte Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Dafür ist noch nicht viel unternommen worden. Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, dass die UN-Konvention endlich auf allen Ebenen umgesetzt wird.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört, dass sich jeder Mensch seine Wohnform selber aussuchen kann, egal ob eigene Wohnung, Wohngemeinschaft oder Wohnheim. Dabei darf die Finanzierbarkeit nicht im Vordergrund stehen, sondern das Wunsch- und Wahlrecht des behinderten Menschen. Dabei sollte der ambulanten Betreuung der Vorzug vor der stationären gegeben werden, sofern es den Wünschen und Bedürfnissen nicht widerspricht. Wir haben uns in der Vergangenheit stets gegen Formen des offenen oder verdeckten kommunalen Finanzierungsvorbehalts bei der Leistungsgewährung gewandt und werden dies auch weiterhin tun. Das recht neue Konzept des persönlichen Budgets überfordert noch viele, daher setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, dass eine städtische Beratungsstelle mit zertifizierten Budgetberatern eingerichtet wird.

Sehr häufig enden die integrativen Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen mit dem Schulabschluss. Nach den ohnehin schon zu seltenen Integrationsmaßnahmen im Sekundarschulbereich müssen nach dem Schulabschluss sehr viele Menschen mit Beeinträchtigungen in eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfBM) wechseln. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Zahl derer erhöht, die in das normale Arbeitsleben integriert werden. Oberste Priorität müssen auch hier selbstverständlich die Wünsche und Bedürfnisse des Betroffenen haben. Eine Möglichkeit zur Förderung wäre die Auslobung eines Preises für behindertenfreundliche Betriebe, die das gesetzliche Soll übererfüllen und durch ein besonderes Engagement bei der Integration behinderter Menschen auffallen.

Sinnes- und mobilitätseingeschränkte Menschen benötigen besondere Vorkehrungen und Hilfen, damit sie sich frei und selbstbestimmt in der Gesellschaft bewegen können. Daher müssen alle der Barrierefreiheit dienenden Infrastrukturmaßnahmen fortgesetzt werden, z. B. die Einrichtung von Leiteinrichtungen für sehbehinderte Menschen, und auch weiterhin öffentliche Wege und Gebäude auf ihre Barrierefreiheit überprüft werden und gegebenenfalls nachgebessert werden. Auch gibt es viele Menschen, die amtliche Bescheide nicht verstehen können. Daher setzen sich Bündnis 90/Die Grünen für die Einführung der Einfachen Sprache in der Verwaltung ein. (Bei Symbolsprachen gibt es leider noch keinen einheitlichen Standard, so dass sich eine Einführung derselben leider schwierig gestaltet.) Außerdem setzen wir uns für die Bestellung eines

Gebärdensprachdolmetschers durch die Verwaltung ein, der im Bedarfsfall angefordert werden kann und bei größeren Veranstaltungen, wie z. B. Bürgerversammlung immer anwesend sein sollte.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich die basisdemokratische Bildung des Behindertenbeirates, die mit ehrenamtlicher organisatorischer Unterstützung der BeKoS (Beratungs- und Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen e.V.) zustande gekommen ist.

## **13.7 Gesundheit**

Wir fordern eine Initiative zur Einrichtung eines oder mehrerer Wohnbereiche für jüngere (<50 Jahre) Pflegebedürftige innerhalb der vorhandenen 23 Einrichtungen dieser Art in Oldenburg. Bei z.Zt. ca. 200 freien Heimplätzen insgesamt in diesen Einrichtungen ist die Umsetzung dieser Forderung sicher eine eher organisatorische Frage und nicht von Kapazitätsengpässen behindert.

Es ist als äußerst problematisch anzusehen, jüngere körperliche Pflegefälle im Umfeld von hoch betagten Menschen mit unterschiedlichsten, z.T. schweren Erkrankungen wie Demenz zu betreuen. Die Ansprüche beider Gruppen gehen weit auseinander, in der Folge wirkt sich dies negativ auf die Lebensqualität aller Betroffenen aus.

Auch die Anbieter von stationärer und ambulanter Pflege in Oldenburg sehen sich nicht festgelegt auf die Gruppe älterer Menschen, sondern sind besorgt über die Situation jüngerer Pflegebedürftiger. Unter ihnen ist, wie Befragungen durch Fachleute ergeben haben, unumstritten, dass die Lebens- und Versorgungssituation dieser Menschen unzureichend ist. Bei dieser Problematik sehen wir einen schnellen Handlungsbedarf geboten, wiewohl eine dauerhafte Verbesserung dieser speziellen und der Gesamtsituation behinderter und Pflegebedürftiger Menschen Inhalt und Aufgabe eines mittelfristig zu erarbeitenden Inklusionskonzeptes für Oldenburg sein muss (vgl. 13.6).

In diesem Zusammenhang fordern wir auch ein, dass die 1999 eingerichtete „Pflegekonferenz“ der Stadt Oldenburg, anders als in der Vergangenheit, zukünftig regelmäßig tagen sollte (zweimal jährlich ist eigentlich vorgesehen), um die Auslastung der Pflegeplätze besser und gezielter steuern zu können.

Die Grünen begrüßen ausdrücklich die Entwicklung der Oldenburger Krankenhäuser der letzten Jahre, die in hohem Maße von einer bundesweit einmaligen Kooperation der 4 Häuser bestimmt ist. Wir stehen uneingeschränkt zu der 100%igen städtischen Trägerschaft beim Klinikum Oldenburg, das in den letzten Jahren eindrucksvoll seine gestalterische Kraft bewiesen hat. Die hohe Kooperationsbereitschaft sowie die Beteiligungspolitik sichert dem Krankensektor Oldenburgs ein hohes Maß an Effizienz und Zukunftsfähigkeit. Dadurch wird die oberzentrale Funktion Oldenburgs entscheidend gestärkt – es wird einerseits eine qualitativ hochwertige und differenzierte Behandlungsmöglichkeit für Oldenburg und umzu geboten, andererseits werden in zunehmendem Maße hoch- und höchstqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Die Einrichtung eines Medizin-Studienganges an der Universität Oldenburg zum Herbst 2012 (geplant) in Kooperation mit den Oldenburger Kliniken ist Ausdruck der Anerkennung dieser Qualität. Über die Zusammenarbeit mit der Universität Groningen wird ein internationales Konzept umgesetzt, das auch in der Ausbildung neue Wege geht.

Im Bereich der „unabhängigen Patientenberatung“ wollen wir uns für eine zentral in Oldenburg gelegene Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Die vielfältigen Versorgungsangebote und Behandlungsmethoden stellen viele Betroffene vor große Probleme, hier heißt es Hilfsangebote bereitzustellen.

## **14 Integration**

Auch in Oldenburg leben immer mehr Menschen, die oder deren Eltern hier nicht geboren wurden. Die Gesellschaft wird sprachlich und kulturell vielfältiger. Eine gestaltende Integrationspolitik wird immer wichtiger, damit nicht ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die ganze Gesellschaft verändert und nicht die einseitige Anpassung der Migrantinnen und Migranten bedeutet. Sie dürfen nicht nur Empfangende von Integrationspoli-

tik sein, sie müssen aktiv am Prozess der Integration beteiligt sein. Gerade mit ihren eigenen Erfahrungen können Migrantinnen und Migranten Brücken bauen zwischen anderen Zugewanderten und den gesellschaftlichen Institutionen. Andererseits muss sich jedoch auch die Aufnahmegesellschaft einschließlich ihrer Institutionen, Einrichtungen und Angebote öffnen. Bei der Integration spielt die Vermittlung und Beherrschung der deutschen Sprache eine zentrale Rolle. Ohne sie ist eine Anbindung an Ausbildung und Beruf nicht möglich. Weil wir aber wissen, dass die Beherrschung der Muttersprache das Lernen der Deutschen Sprache erleichtert, müssen wir auch vermehrt ihre Fähigkeiten in der Muttersprache nutzen und stärken. Sprachkompetenzen in anderen Sprachen werden zunehmend wichtig im Bürgerservice der Stadt, aber auch im Umgang mit zugewanderten Menschen in sozialen Einrichtungen.

Menschen werden in erster Linie über die Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integriert. Die große Arbeitslosigkeit trifft aber Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich. Leider haben auch die hier geborenen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weniger Chancen in Schule, Ausbildung und Beruf. Hier wollen wir Oldenburger Bündnisgrüne neue Wege der kommunalen Integrationspolitik gehen und besonders die Situation der Kinder und Jugendlichen verbessern.

## **14.1 Politische Teilhabe**

Wir Bündnisgrüne wollen eine gesellschaftspolitische Beteiligung nicht eingebürgerter Migrantinnen und Migranten in Bereichen, in denen eine gesellschaftspolitische Mitgestaltung ohne Wahlrecht möglich ist. Dies trifft für die Elternbeteiligung in Schulen und Kitas zu, die Mitgestaltung der Arbeitsplätze in Betrieben und die Einmischung bei migrationspolitischen kommunalen Entscheidungen. Auch Migrantenvereinigungen können Einfluss auf die Entwicklung unserer Stadt nehmen. Wir wollen sie ermutigen, sich für ihre, aber auch allgemeine Belange einzusetzen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass alle, die in Oldenburg leben - unabhängig von ihrer Herkunft – Oldenburg als ihre Stadt sehen.

Seit der letzten Kommunalwahl haben wir hierbei große Fortschritte gemacht. Ausgehend von den Impulsen der Integrationstagung 2008 hat sich mit großer Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen das Oldenburger Forum für Migration und Integration gebildet, ein Zusammenschluss von über 20 Institutionen aus dem Bereich der Migrantenselbstorganisationen, der Sozialen Träger und verschiedener Bildungseinrichtungen wie Volkshochschule oder Universität.

Wir Bündnisgrünen unterstützen das Forum in seinem Bemühen um eine starke politische Partizipation. In einem langen Diskussionsprozess der Forumsmitglieder untereinander entstand der Wunsch nach einem Ratsausschuss für Integration. Diesen Wunsch im Rat der Stadt zu unterstützen bedeutet für uns einen basisdemokratischen Prozess zu würdigen. Hier handeln wir nach dem Grundsatz „Integration mit und nicht für Migrantinnen und Migranten“. Wir werden auch in der nächsten Ratsperiode diesen basisdemokratischen Prozess fördern, auch wenn das Forum aus realpolitischen Gründen andere Beteiligungsmodelle als den Ratsausschuss fordern muss. Dies könnte ein Integrationsrat sein, wie er auch in anderen Kommunen eingerichtet wird.

Doch solange keines dieser Beteiligungswerkzeuge besteht, betrachten wir das Forum für Migration und Integration als die legitime Vertretung der politischen Interessen der Migrantinnen und Migranten.

## **14.2 Wohnungen für Flüchtlinge**

Das Niedersächsische Erstaufnahmelager Blankenburg wurde aufgelöst. Dies war eine bündnisgrüne Forderung, wir treten landesweit für die dezentrale Unterbringung unserer Flüchtlinge in Wohnungen ein. Dies gilt genauso für Oldenburg. Unsere Stadt muss nach der Schließung von Blankenburg unseren Anteil an Flüchtlingen unterbringen. Auch wenn dies nicht sofort in Wohnungen in Oldenburg möglich ist, halten wir an diesem Ziel unverändert fest. Auch wir werden nicht verhindern können, dass wir den Oldenburger Anteil der Flüchtlinge für eine Übergangszeit teilweise zentral unterbringen müssen. Wir halten grundsätzlich weder das Kloster Blankenburg, noch Gebäude auf dem Fliegerhorst für geeignet, sehen aber keine kurzfristige Alternative. Allerdings drängen wir im Gegensatz zu anderen auf eine möglichst kurze Übergangszeit unter



drei Jahren. In dieser Zeit muss Oldenburg die dezentrale Versorgung mit Wohnungen für Flüchtlinge realisieren.

### **14.3 Integrationslotsen**

Neben bereits hier geborenen Oldenburgerinnen und Oldenburgern werden gut integrierte Zugewanderte zu Lotsinnen und Lotsen ausgebildet und stehen dann mit Rat und Tat anderen Migrantinnen und Migranten zur Verfügung. Hier bietet die Stadtgesellschaft eine Ansprechperson aus dem Kreise der Betroffenen, was viel besser angenommen wird. Gerade in Situationen, in denen vermeintlich verschiedene Kulturen aufeinander prallen und zu Konflikten führen, können diese Personen nicht zuletzt wegen ihrer Mehrsprachigkeit besser vermitteln. Ihre Kompetenzen umfassen neben Mediation rechtliche Kenntnisse zu Aufenthalt, Jugendhilfe und Schule. Dieses Modell ist in der letzten Ratsperiode erfolgreich angelaufen, viele Migrantinnen und Migranten sind seither als Integrationslotsen ausgebildet worden. Dieses Erfolgsmodell werden wir weiter unterstützen. Allerdings sehen wir die Problematik, dass die Integrationslotsen rein ehrenamtlich arbeiten, was deren berufliche Situation häufig nicht verbessert.

### **14.4 Kitas und Schule**

In den Kindergärten wird die Grundlage des weiteren Bildungsweges gelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mädchen und Jungen aus Familien mit Migrationshintergrund hier einen guten Start bekommen. Insbesondere das Lernen der deutschen Sprache muss hier vor der Schulzeit gelingen. Wir wünschen uns eine kostenlose Kita- und Kindergartenbetreuung für alle (vgl. 9). Dies kann die Kommune leider weder finanzieren noch gesetzlich verankern. Da die Kommune letztendlich aber die sozialen Folgen eines gescheiterten Bildungsweges tragen muss, muss sie sich gegenüber Land und Bund entschieden für dieses Ziel einsetzen. Das von uns Bündnisgrünen geforderte Schulmodell kommt insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund zugute. Die Chance, einen höheren Schulabschluss zu erreichen, wächst durch die bessere Förderung in einer neunjährigen Ganztagschule für alle.

### **14.5 Mädchen und Jungen**

In manchen zugewanderten Familien unterscheiden sich die Vorstellungen über das Rollenverhalten der Geschlechter von unseren sozialen Grundsätzen. Diese Unterschiede wirken sich natürlich auch auf die Integration der Kinder aus. Nicht immer besteht Einigkeit darüber, dass auch Mädchen Recht auf einen von Tradition und Familie unbehinderten Bildungsweg haben. Allerdings zeigen Mädchen, die hier nicht eingeeignet werden, häufig gute bis sehr gute Schul-, Ausbildungs- und Studienergebnisse, während Jungen hier größere Schwierigkeiten haben. Aus der Sozialarbeit wissen wir, dass Jungen mit Integrationsproblemen in ihrer Familie häufig patriarchale männliche Rollenvorbilder haben. Dadurch wird ein Familienmodell tradiert, welches den Integrationsprozess der Kinder behindern kann. Zum Wohl der Kinder wollen wir hier für unser bündnisgrünes Familien- und Geschlechtermodell werben. Wir wollen den Familien zeigen, dass viele Vorurteile gegenüber dem „westlichen“ Familienmodell falsch sind und dass eine Verweigerungshaltung hier klar zu Lasten der Kinder geht.

### **14.6 Diversity – Vielfalt nutzen**

Bei aller Notwendigkeit, die deutsche Sprache zu beherrschen, stellen die Fähigkeiten in den Muttersprachen Kompetenzen dar, die in unserer Stadt besser genutzt werden müssen. Es ist von Vorteil, wenn Ämter und Behörden mehr Menschen mit Migrationshintergrund einstellen, die neben der deutschen Sprache auch Türkisch, Kurdisch, Russisch oder weitere Sprachen sprechen. So könnten viele Probleme besser und schneller gelöst werden. Auch im Bereich der Alten- und Krankenversorgung und der Sozialarbeit ist mehr interkulturelle Kompetenz nötig. Durch die Präsenz der einst zugewanderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird die kulturell-sprachliche Vielfalt unserer Stadt sichtbar.

Außerdem muss die interkulturelle Kompetenz aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhöht werden. Sie müssen besser auf die spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen von Migrantinnen und Migranten vorbereitet sein.

## **14.7 Kommunalen Blick auf Härtefälle bei Flüchtlingen**

Viele Familien, die vor Jahren als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, müssen heute in ihre Herkunftsländer zurückkehren. In vielen dieser Familien leben Kinder und Jugendliche, die entweder hier geboren wurden oder den Großteil ihres Lebens hier gelebt haben. Sie sind hier in den Kindergarten und in die Schule gegangen und wurden hier ausgebildet. Häufig beherrschen sie ihre Muttersprache schlecht und müssen nun in eine fremde „eigene“ Welt „zurückkehren“. Auf kommunaler Ebene kann eine inoffizielle Struktur geschaffen werden, die bei der Behandlung von Härtefällen ein Mehr an Öffentlichkeit herstellt und gegenüber dem Niedersächsischen Innenministerium unterstützend für die ehemaligen Flüchtlinge wirkt. Hinter diesen „Härtefällen“ stehen häufig bestens integrierte und ausgebildete Jugendliche und junge Erwachsene, auf die wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und seiner Herausforderungen nicht verzichten können.

## **15 Frauen**

Geschlechtergerechtigkeit ist eine der Säulen unseres Gerechtigkeitsbegriffs. Frauenpolitik ist für uns außerdem eine zentrale Frage der Demokratie und universaler und unteilbarer Menschenrechte.

Am 8. März 2011 wurde weltweit der 100. Internationale Frauentag gefeiert. Das Frauenwahlrecht wurde vor 90 Jahren erkämpft, seit 60 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland den Gleichstellungsartikel im Grundgesetz (Art. 3 Abs. 2) und seit 50 Jahren bereits gibt es das Gleichberechtigungsgesetz (GleichberG). Wahlrecht und Bildungschancen für Frauen und Mädchen sind für uns heute selbstverständlich. Von tatsächlicher Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen kann aber keineswegs gesprochen werden. Die Frauenpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen hat einiges bewirkt und erreicht. In den Kommunen, aber auch in Behörden und Hochschulen engagieren sich Gleichstellungsbeauftragte. Durch ihr hartnäckiges Handeln kann Tag für Tag ein Stück mehr Gleichberechtigung der Geschlechter gelebt werden. Wir Grünen haben als erste Partei in Deutschland eine Frauenquote für unsere Parteigremien und Listenaufstellungen beschlossen.

### **15.1 Frauenquote**

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts können wir feststellen, dass Mädchen in Schule und Studium durchschnittlich gleichwertige bzw. bessere Ergebnisse als Jungen erzielen. Trotz besserer Qualifikationen ist festzustellen, dass in der Wirtschaft und zahlreichen Behörden und Institutionen die Führungsriege männlich dominiert bleiben. Männliche Netzwerke sind oftmals mächtiger als die Auswahl nach Qualifikation. Es gibt keine signifikante Verbesserung zu Gunsten von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen der Wirtschaft. Das Freiwilligkeitsprinzip funktioniert nicht und deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen bereits 2007 in einem Antrag an den Deutschen Bundestag eine Frauenquote von 40% für die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften gefordert. Im Dezember 2010 erfolgte abermals eine Antragsstellung. Wir freuen uns über die öffentliche Debatte um die Frauenquote und werden dieses Ziel hartnäckig weiter verfolgen. Bei der Besetzung von Ratsgremien streben wir eine geschlechtergerechte Besetzung entsprechend dem Verhältnis an. Dasselbe gilt auch für die Entsendung von Ratsmitgliedern in andere Gremien, wie zum Beispiel Aufsichtsräte oder Gesellschafterversammlungen. Studien belegen, dass Frauen in Deutschland immer noch durchschnittlich erheblich weniger bei gleicher Tätigkeit verdienen. Frauen arbeiten häufiger im Niedriglohnssektor. An der Schwelle zum Arbeitsmarkt stellen wir fest, dass Mädchen noch immer aus einem stark begrenzten Berufsspektrum wählen. Einige dieser Berufe bieten kaum Aufstiegschancen oder werden schlecht bezahlt. Insgesamt sind Dienstleistungs- und soziale Berufe überrepräsentiert. Jungen wählen vorwiegend technische Berufe. Die Orientierung in Richtung sozialer oder pädagogischer Berufe oder im Dienstleistungsbereich ist

für sie erschwert. Die schulische Entwicklung von Jungen ist im Schnitt schlechter als die von Mädchen. Für Kinder aus Migrantenfamilien gilt dies sogar noch verstärkt. Die unbezahlte Haus- und Pflegearbeit wird in der Familie zu einem größeren Anteil von den Frauen übernommen. Tradierte Rollenbilder und entsprechendes Verhalten sowohl bei Männern als auch bei Frauen engen die Gesellschaft ein.

## **15.2 Gleichstellung im Beruf**

In der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und im Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) sind Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung in den Kommunen definiert. In der Stadtverwaltung Oldenburg kann eine positive Entwicklung festgestellt werden. Auf den Führungsebenen ist der Anteil der Frauen aber noch zu vergrößern. Vor allem auf der Amtsleitungsebene ist der Frauenanteil mit unter 20% (Stand Mai 2011) besonders auffällig. In der nächsten Ratsperiode werden wir Grünen unser Augenmerk nach wie vor auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz richten.

Wir fordern deshalb:

- Die Einführung einer Frauenquote von mindestens 50% in mittleren und höheren Führungspositionen der Stadtverwaltung.
- Die Förderung von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermutigen und unterstützen, (mehr) Erziehungs-, Haus- und Pflegearbeit zu übernehmen.
- Die Förderung von Schulen, die Unterrichtsprojekte z.B. in naturwissenschaftlichen Fächern initiieren, um Mädchen für diese Berufs- bzw. Studienorientierung zu motivieren und auf der anderen Seite neue Konzepte entwickeln, um die Jungen für die Ausbildungs- und Studienorientierung für die Bereiche Erziehung und Gesundheit zu begeistern (vgl. 10.2).
- Die Vernetzung von kleinen und mittleren Betriebe zur Entwicklung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen und familienfreundlicher Arbeitsorganisation.
- Die Förderung derjenigen Betriebe, die männlichen Beschäftigten Arbeitszeitmodelle bieten, die Engagement für Kinder und pflegebedürftige Angehörige ermöglichen, durch die Wirtschaftsförderung der Stadt Oldenburg. Dieselbe Aufgabe hat auch die Stadtverwaltung selbst zu verfolgen.
- Die gender-spezifische Ausweisung von Fördermitteln, die das Jobcenter vergibt. Wir haben erfolgreich Kurse für Berufsrückkehrerinnen von der ARGE gefordert (vgl. 4.2).
- Die weitere Absicherung und Unterstützung der frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen, deren Anzahl im letzten Jahrzehnt aus haushaltspolitischen Gründen bedauerlicherweise zurückgeschraubt wurde.

## **15.3 Frauen als Opfer psychischer, körperlicher, sexualisierter Gewalt**

Bei allen Diskussionen um die Quote und das Thema Frauen am Arbeitsplatz dürfen wir die Bandbreite dessen, worum es eigentlich geht, dabei nicht vergessen. Immer noch ist jede dritte Frau in Deutschland einmal in ihrem Leben Opfer von psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt. Bündnis 90/Die Grünen fordern und unterstützen seit ihrer Gründungszeit die Errichtung von Beratungsstellen für von Gewalt Betroffene und Frauenhäusern. Wir sehen es als staatliche Aufgabe an, den Opfern von Gewalt ein Fachberatungsangebot und Zufluchtsstätten zur Verfügung zu stellen. Der Ausbau und die Personalkostenfinanzierung des „autonomen Frauenhauses“ wurden aufgrund unserer Initiative geschafft bzw. sichergestellt.

Auf kommunaler Ebene ist Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe in allen Handlungsfeldern. Ob in der Stadtentwicklung, in der Wirtschaftsförderung, in der sozialen Infrastruktur oder auch bei den Einstellungen und Beförderungen städtischen Personals. In allen Fragen und Entscheidungen gilt es, Verbesserungen für Frauen durchzusetzen.

Wir fordern:

- Eine angemessene städtische Förderung bzw. Unterstützung der Einrichtungen und Beratungsstellen „Autonomes Frauenhaus Oldenburg“, „Mädchenhaus Oldenburg“, „Wildwasser Oldenburg“ und „BISS“ (Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt).
- Die weitere Unterstützung des Zentrums für Frauengeschichte (ZfG), das sich längst in der Kulturlandschaft Oldenburgs etabliert hat und wertvolle Arbeit für Frauen-Geschichte leistet. Die städtische Unterstützung darf weiterhin nicht in Frage gestellt werden.

Mädchen und Frauen sind in den Abend- und Nachtstunden deutlich inaktiver als ihre männlichen Altersgenossen. Wie Meinungsforschungsinstitute und kommunale Frauenbeauftragte berichten, fühlen sich Mädchen und Frauen in den Abend- und Nachtstunden oft unsicher auf dem Weg nach Hause, zu ihren Freunden, ihrer Familie oder Sportvereinen. Damit ihre Mobilität auch in dunklen Stunden erhalten bleibt, muss dies weiterhin Aufgabe der Kommune sein. Dass Mädchen und Frauen den kostengünstigen Fahrservice, das Frauen-Nacht-Taxi zahlreich nutzen, zeigt der frühe Ausverkauf der Tickets. Wir fordern deshalb die weitere städtische Förderung des Frauen-Nacht-Taxis.

## **16 Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans\***

Der Begriff „Trans\*“ entspricht dem inzwischen von Transgruppen und -verbänden getragenen Kompromiss, alle strittige Begriffe wie transsexuell, transgender, transidentisch, transgenial usw. in einem Wort zu fassen. Die Bündnisgrünen in Oldenburg haben sich immer für die Belange von Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* eingesetzt. So unterstützen Bündnis 90/Die Grünen seit Jahren den Christopher Street Day (CSD), die alljährlich im Juni stattfindende Demonstration von Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* in Oldenburg, sowohl politisch als auch mit reger Teilnahme. Wir Bündnisgrüne haben es durchgesetzt, dass die Stadt dazu an öffentlichen Gebäuden die Regenbogenfahne als Symbol für gleiche Rechte in allen Lebenssituationen hisst.

Zur Absicherung gleicher rechtlicher Möglichkeiten wie der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ als einen großen Schritt gehört es auch in Oldenburg dazu, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung auf allen Ebenen zu leisten. Dazu gehört neben der Gleichstellung von Lesben und Schwulen auch der sensible und wertschätzende Umgang mit verschiedenen sexuellen Identitäten wie Trans\*, Intersexuellen und Bisexuellen. Das Selbstwertgefühl von Kindern und Jugendlichen, die ein wenig „anders als die anderen“ sind, wird nach wie vor all zu oft untergraben. Die Folgen sind oft dramatisch. Depressionen und Selbstmordversuche kommen bei Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* Jugendlichen mindestens doppelt so häufig vor wie bei gleichaltrigen Heterosexuellen.

Jugendliche müssen ihre sexuelle Identität entwickeln. Die Jugendarbeit soll ihnen dabei den Rücken stärken. Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* Lebensformen sind gleichberechtigt darzustellen. Städtischem Personal ist in Fortbildungen zu verdeutlichen, dass ihre persönliche Lebensgestaltung nur eine von vielen Möglichkeiten ist und keineswegs automatisch für „normal“ erklärt werden kann. Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* Jugendgruppen sind zu unterstützen.

Aktuelle Studien zeigen, dass Homosexuellenfeindlichkeit gerade unter Jugendlichen weit verbreitet ist: „Schwul“ und „Schwuchtel“ sind die häufigsten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen. Daher müssen und wollen wir die Problematik der Homo- und Transphobie in Oldenburg ernst nehmen und ein Maßnahmenpaket zur Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt durchsetzen. Dazu gehört die Erhöhung der Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten in der Bevölkerung durch geeignete Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Entwicklung von Leitbildern, Maßnahmen und Diversity-Konzepten, um in der Arbeitswelt ein Klima der Akzeptanz zu schaffen. Hier hat die Stadt als Arbeitgeber die Pflicht die Vorreiterrolle in Oldenburg zu übernehmen.

Bildungseinrichtungen sind aufgefordert auch für Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* Angebote zu schaffen. Jugendgruppenleitende, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollten Seminare zur Sensibilisierung gegenüber Homosexualität, Rollenerwartungen sowie Homo- und Transphobie angeboten werden. Wir fordern weitere Angebote zum „Coming-Out“ in Jugendfreizeitstätten, insbesondere bei schwer erreichbaren

Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund. Einfach erreichbare Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort sind notwendig.

Die spezifischen Lebensformen von Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* sind zu akzeptieren, Treffpunkte sind zu schützen.

Homo- und Transphobie ist keineswegs ausschließlich Sache der Betroffenen, sondern muss ebenso wie Antisemitismus oder Rassismus in gemeinschaftlicher, gesamtgesellschaftlicher Anstrengung bekämpft werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein friedliches und tolerantes Miteinander ein und wollen Oldenburg zu einem Vorreiter bei der Gleichstellung und der Akzeptanz von Lesben, Schwule, Bisexuellen und Trans\* Menschen machen.

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer Sexualität verfolgt. Ihr Asylanspruch wird in Deutschland nur selten anerkannt. Binationale Lebenspartnerschaften werden im Ausländerrecht gegenüber binationalen Ehen benachteiligt. In beiden Fällen haben aber die Ausländerbehörden einen Ermessensspielraum, der bislang selten zugunsten humanitärer Lösungen genutzt wird. Die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entsprechend fortzubilden.

Wir wollen im Rahmen unserer kommunalpolitischen Möglichkeiten sicherstellen, dass in den ambulanten und stationären Einrichtungen für hilfsbedürftige Menschen in Oldenburg (Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen) das Recht der Patientinnen und Patienten auf selbstbestimmte Sexualität gewährleistet ist.